

zeitreise 3

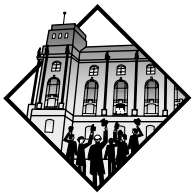
Schülerarbeitsheft
Geschichte/Politik

Lösungen

Ernst Klett Schulbuchverlage
Stuttgart · Leipzig

Inhaltsverzeichnis

Lösungen



Die Weimarer Republik

Der Versailler Vertrag	4
Die Weimarer Verfassung	5
Hindenburg und der Staat von Weimar	6
Antisemitismus in der Weimarer Republik	7
Frauenleben zwischen Tradition und Moderne	8



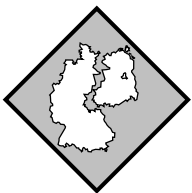
Der Nationalsozialismus

Zerstörung der Demokratie – Merkmale der NS-Diktatur	9
Auf dem Weg in den Führerstaat	11
Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik	12
Widerstand im NS-Staat	13
Die Zeit des Nationalsozialismus	14



Weltmächte entstehen und vergehen

Amerika erkämpft seine Unabhängigkeit	15
Das „goldene Zeitalter“	16
Die USA – ein Land von kontinentaler Größe	17
Die Transsibirische Eisenbahn	18
Petrograd 1917 – eine Regierung wird gestürzt	19
Die USA im Überblick	20
Die Sowjetunion im Überblick	21
UdSSR/Russland – Niedergang der Supermacht	22



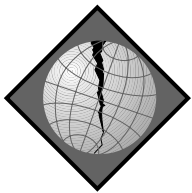
Deutschland nach 1945 – besetzt, geteilt und wieder vereint

Schwieriger Anfang auf dem Weg zur Demokratie – die Westzonen nach 1945	23
Alles dreht sich um die Wirtschaft	24
Mauerbau – unterschiedliche Sichtweisen	25
Der Grundlagenvertrag	26
Politiker gesucht	27
Die Zeichen der Zeit nicht verstanden	28
45 Jahre deutsche Geschichte	29



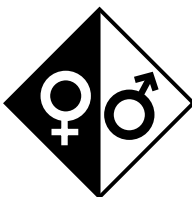
Europa – ein Kontinent wächst zusammen

Europas Einigung chronologisch gesehen	30
6 – 15 – 25: Das Einmaleins der europäischen Vereinigung	31
Rätselhaftes Europa	32
EU-Wirtschaftszahlen anschaulich dargestellt	33



Konflikte und Friedensbemühungen

Märtyrer-Kult der „Hamas“	34
Bewohner des Südens und des Nordens	35
HDI – Maßstab für menschliche Entwicklung	36
Botswana – ein bedrohtes Land in Südafrika	37
Islamistischer Terrorismus	39
Die UNO stellt sich vor	40



Gleiche Chancen für Frauen und Männer?

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?	41
-----------------------------------	----



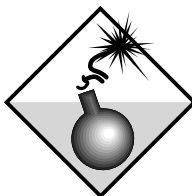
Soziale Sicherung – Was wird aus dem Sozialstaat?

Was ist Armut?	42
Einkommensverteilung in Deutschland	43
Deutschland – ein Sozialstaat	44
Der Sozialstaat in der Krise?	45



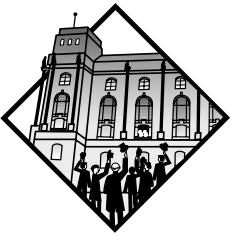
Politische Mitbestimmung – eine Utopie?

Ein Streetballplatz soll her – politische Mitwirkung vor Ort	46
Wahlen zum Deutschen Bundestag	47
„Wir vertreten Ihr Interesse!“	48
Wie ein Gesetz entsteht	49
Politik im Bund – Kennst du dich aus?	50
Direkte Demokratie – pro und kontra	51



Extremismus

Extremismus – Gefahr für die Demokratie?	52
Welche Ursachen hat Gewalt?	53
Gewalt und Rassismus im Fußball	54



Der Versailler Vertrag



1. *Untersuche, wie der Versailler Vertrag in der deutschen Öffentlichkeit aufgenommen wurde (Q1).*

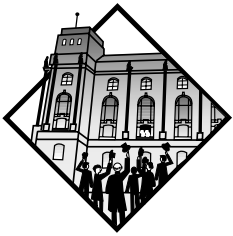
Die deutsche Öffentlichkeit reagierte empört auf die Bedingungen des Versailler Vertrages. Ein Großteil der Bevölkerung empfand die Reparationsforderungen und die Gebietsabtretungen als unangemessen hart. Diese Einschätzung wurde möglich durch einseitige Informationen über den Kriegsverlauf seitens der Obersten Heeresleitung. Bis zum Tag des Waffenstillstands wurde die Bevölkerung nicht über die aussichtslose militärische Lage der deutschen Armee informiert. Somit kamen der Waffenstillstand und der damit einhergehende Versailler Vertrag für viele überraschend. Zudem herrschte in der Bevölkerung die Ansicht vor, der Erste Weltkrieg sei ein Verteidigungskrieg gegen „hasserfüllte Nachbarn“ gewesen, Deutschland sei also ein Opfer des Krieges und des Friedensschlusses.

2. *Vergleiche die zeitgenössische Beurteilung des Friedensvertrags mit der Einschätzung des Historikers Kolb (Q1, Q2).*

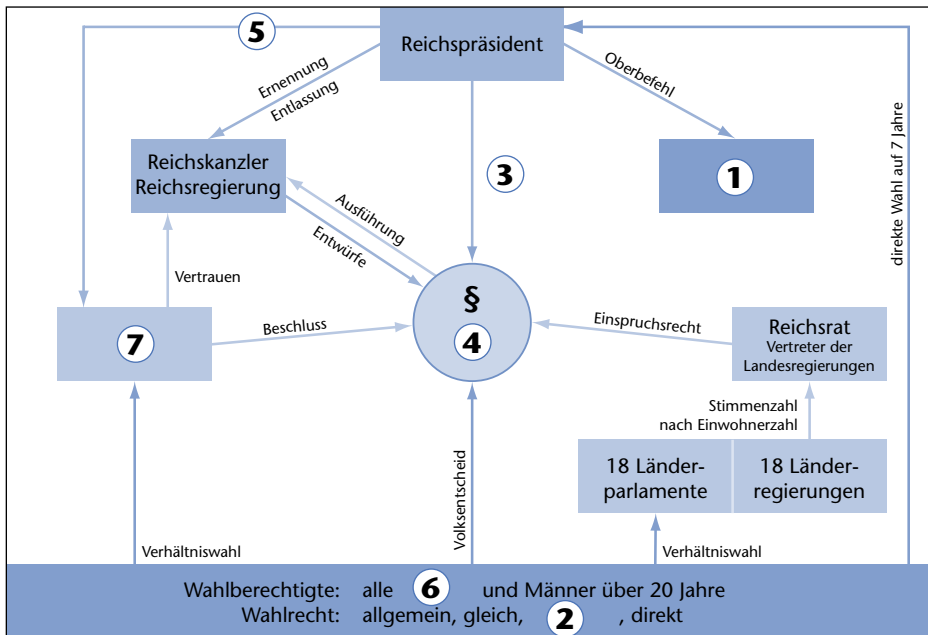
Kolb versucht, die von den Zeitgenossen als überaus hart empfundenen Bedingungen des Versailler Vertrages aus der Sicht des zurückblickenden Historikers zu relativieren. Er verweist darauf, dass Deutschland trotz der Forderungen des Friedensvertrages immer noch den Status einer europäischen Großmacht innehatte, die in der Lage war, aktiv europäische Politik zu betreiben. Kolb führt zudem an, dass weitaus härtere Friedensbedingungen – wie sie etwa Frankreich forderte – unter den Siegermächten durchaus diskutiert, schließlich aber nicht umgesetzt worden waren. So bleibt als Ergebnis der Vertrag von Versailles ein Dokument, das von den Zeitgenossen weitaus härter und ungerechter eingeschätzt wurde als es tatsächlich war.

3. *Erläutere die Kernaussage der Karikatur und nimm Stellung zu der Sichtweise des Karikaturisten.*

Die Karikatur stellt die Entstehung der NSDAP als unmittelbares Ergebnis des Versailler Vertrages dar. Solche monokausalen Aussagen können nicht allein das Erstarken der Nationalsozialisten erklären, aber in der Karikatur wird zumindest ein Aspekt deutlich, der neben vielen anderen zum Aufstieg Hitlers beitrug: die vom Großteil der Bevölkerung als ungerecht empfundenen Friedensbedingungen des Versailler Vertrages. Die Akzeptanz der Friedensbedingungen durch die junge demokratische Regierung führte bei weiten Teilen der Bevölkerung zu einer Ablehnung der demokratischen Politiker und der Republik als Staatsform schlechthin. Rechtsradikale Propaganda verleumdete die demokratischen Politiker als „Erfüllungsgehilfen“ der Alliierten und verstärkte damit den Hass auf alles Demokratische. Eine Identifikation mit dem neuen Staat war somit erschwert.



Die Weimarer Verfassung



1. Setze in das nebenstehende Schema der Weimarer Verfassung die folgenden Begriffe als Zahl an die jeweils richtige Stelle:

- 1 = Reichswehr
- 2 = geheim
- 3 = Artikel 48
- 4 = Gesetzgebung
- 5 = löst auf
- 6 = Frauen
- 7 = Reichstag

Ein Verfassungsschema interpretieren

Fragen zur Gesetzgebung:

1. Wer darf Gesetze vorschlagen? Wer arbeitet sie aus? Wer erlässt sie?
2. Wer regiert den Staat, übt also Macht mit Hilfe des Gesetzes aus?
3. Wer kann durch seinen Einspruch erreichen, dass ein Gesetz vorläufig nicht in Kraft tritt?

Fragen zur Wahl:

4. Welche Ämter werden durch Wahl besetzt?
5. Wer darf wählen?

Fragen zur Machtverteilung und Machtkontrolle:

6. Welche Macht haben die einzelnen Personen bzw. Gruppen im Staat? Wo ist besonders viel Macht konzentriert?
7. Wo sind „Sicherungen“ in der Verfassung eingebaut, damit Einzelne ihre Macht nicht missbrauchen können?

2. Untersuche das Schaubild der Weimarer Verfassung mit Hilfe der methodischen Arbeitsschritte.

zu 1. **Vorschlag und Ausarbeitung: Reichskanzler/-regierung;**

Beratung und Beschluss: Reichstag

zu 2. **Reichsregierung = Reichskanzler und Reichsminister**

zu 3. **Reichsrat**

zu 4. **Reichspräsident, Reichstag und Länderparlamente**

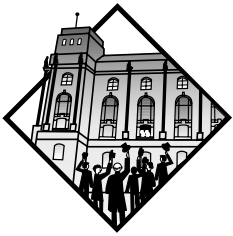
zu 5. **Frauen und Männer über 20 Jahre**

zu 6. **Mächtiger Reichspräsident: Oberbefehl über die Reichswehr; konnte in Krisenzeiten Grundrechte außer Kraft setzen, Notverordnungen erlassen und ohne den Reichstag regieren. Er konnte den Reichstag auch auflösen.**

Schwache Reichsregierung: wurde vom Präsidenten kontrolliert;

konnte durch ein Misstrauensvotum des Reichstages gestürzt werden.

zu 7. **Reichsregierung ist auf Vertrauen des Reichstages angewiesen. Fehlende Fünfprozentklausel: alle gewählten Parteien sind im Parlament vertreten, sodass keine Partei zu viel Macht anhäufen konnte (die Regelung begünstigte aber Splitterparteien und erschwerte die Regierungsbildung).**



Hindenburg und der Staat von Weimar

1925 hatten sich rechtsgerichtete Parteien zum so genannten „Reichsblock“ zusammengeschlossen. Sie stellten Paul von Hindenburg, den Miturheber der Dolchstoßlegende, als Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten auf. Der 78-jährige Generalfeldmarschall a. D. gewann die Wahlen und stieg somit zum mächtigsten Mann der Republik auf. Wie aber stand er zum Staat von Weimar?

Q1 Aus einem Interview Hindenburgs mit einem US-Journalisten vom 21. April 1925:

Frage: Im Ausland hat man den Gedanken aufgeworfen, ob durch Ihre Reichspräsidentschaft [...] eine Beunruhigung Europas eintreten könnte?

Antwort: Soweit dabei an militärische Dinge gedacht ist, kann ich versichern, dass mir als altem Soldaten die militärische Ohnmacht Deutschlands viel zu genau bekannt ist, als dass ich kriegerische Abenteuer irgendwie befürworten kann. [...]

Frage: Ihre Kandidatur wird vielfach als eine monarchistische aufgefasst. Wie denken Sie darüber?

Antwort: Einen plötzlichen Wandel der verfassungsmäßigen Grundlagen des Deutschen Reiches halte ich weder für möglich, noch für erwünscht; denn die dabei unvermeidliche Fehde würde dem Programm der inneren Eintracht widersprechen. Meine Herkunft aus einer monarchistischen Welt verleugne ich ebensowenig, wie Herr Ebert seine Herkunft aus der alten sozialdemokratischen Kampfatosphäre verleugnet hat. Ein Reichspräsident, der allen Ständen und Gliedern des Volkes dienen muss, darf aber nicht Vertreter des Kampfgedankens irgendwelcher Klassen sein. Es ist völlig unwahr, dass ich mich mit Doorn über die Annahme meiner Kandidatur verständigt habe. Ich habe in dieser Frage keine Fühlung mit dem Hause Hohenzollern gehabt.

Walther Hubatsch (Hg.), Hindenburg und der Staat, Göttingen 1965, S. 188.

Doorn: Aufenthaltsort Wilhelms II. nach seiner Abdankung als Kaiser.

Q2 Aus einem Brief des amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg an Wilhelm II. vom 27. November 1927:

Euer Majestät lege ich die inständige Bitte zu Füßen, davon überzeugt sein zu wollen, dass ich wie immer, so auch in den damaligen unglücklichen Tagen lediglich bemüht gewesen bin, Schaden und Nachteil vom Haupte meines Kaisers und Königs abzuwenden. Nur aus diesem Grunde musste ich nach gewissenhafter Prüfung schweren Herzens wohlgemeinten, aber nach Lage der Dinge unausführbaren Ratschlägen Anderer widersprechen und einen, wie ich glaubte, vorübergehenden Aufenthalt in Holland als bestes Mittel für oben erwähnten Zweck empfehlen. Von Euer Majestät missverstanden zu werden, ist mir altem Soldaten der größte Schmerz. Darum bitte ich vorbeugend daran erinnern zu dürfen, dass ich mein jetziges dornenvolles Amt nach langem Sträuben erst übernommen habe, nachdem man mich bei der Ehre fasste und ich mich der Einwilligung Euer Majestät versichert hatte. So verbleibe ich bis in ein nicht mehr fernes Grab in Treue und Ehrgefühl als Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät alleruntertänigster v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

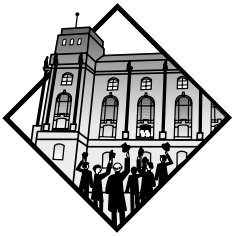
Walther Hubatsch (Hg.), Hindenburg und der Staat, Göttingen 1965, S. 188.



1. **Vergleiche die Einstellung Hindenburgs zur Republik in Interview und Brief miteinander. Welche Äußerung gibt wohl die wahren Ansichten des Reichspräsidenten wieder? Begründe deine Meinung.**

Im Interview für die US-amerikanische Öffentlichkeit gibt sich Hindenburg als Staatsmann, der über allen Parteien steht. Diese Einstellung sei für das Amt des Reichspräsidenten unverzichtbar. Eine Absprache mit dem ehemaligen Kaiser über seine Kandidatur zum Reichspräsidenten verneint Hindenburg. Er tut dies, um als ehemaliger kaisertreuer Generalfeldmarschall nicht in den Ruf eines möglicherweise demokratiefeindlichen Staatsoberhauptes zu gelangen.

Hindenburgs Brief an den ehemaligen Kaiser Wilhelm II. spricht dagegen eine andere Sprache. Hindenburg betont darin in untertänigem Tonfall mehrfach seine Kaisertreue und bezeichnet seine Position als Reichspräsident an der Spitze eines demokratischen Staates als „dornenvolles Amt.“ Die wahren Ansichten Hindenburgs gibt wohl sein Brief an Wilhelm II. wieder. Zu tief verwurzelt in der Monarchie war der während des Kaiserreichs zur militärischen Elite aufgestiegene Hindenburg, als dass er seine monarchische Gesinnung plötzlich hätte ablegen können.



Antisemitismus in der Weimarer Republik

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs mussten die Juden häufig als Sündenböcke für wirtschaftliche Not herhalten. Völkische Gruppierungen verknüpften dabei die Hetze gegen Juden mit ihrem Hass auf den Weimarer Staat, den sie als „Judenrepublik“ verunglimpften. Dabei stützte sich die jüdenfeindliche Propaganda weniger auf den Jahrtausende alten religiösen Antisemitismus, sondern vielmehr auf den aus dem Kaiserreich übernommenen Rassegedanken, der dem jüdischen Volk negative Rassen- und Charaktereigenschaften zuschrieb.

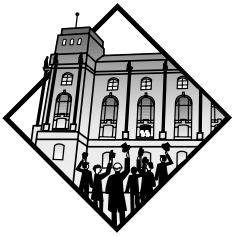


1. *Beschreibe genau, wie die zwei Vertreter der jüdischen Bevölkerung und der „deutsche Michel“ (Symbolfigur für das deutsche Volk) auf dem Wahlplakat dargestellt werden.*
2. *Welche Vorwürfe gegenüber den Juden werden erhoben? Was sollte damit bezweckt werden?*

zu 1. und 2. Das antisemitische Wahlplakat zur Reichstagswahl 1924 zeigt die abgebildeten Juden als wohlhabend, verschwendungssüchtig und mächtig, der „deutsche Michel“ wird als deren Untertan dargestellt. Das Plakat suggeriert zum einen also eine ausschweifende Lebensweise der jüdischen Bevölkerung, zum anderen unterstellt es deren Herrschaft über das deutsche Volk. Unmittelbar vor der Reichstagswahl sollten damit die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen antisemitischen Tendenzen angesprochen werden, um somit Stimmen zu gewinnen.

3. *Vergleiche Q1 und Q2: Wie veränderte sich die Situation der Juden in der Weimarer Republik „auf dem Papier“, wie in der Realität?*

Während die Weimarer Verfassung aus dem Jahr 1919 die Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz betont und allen Bewohnern Deutschlands volle Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert, zeichnet der Historiker G. Mayer ein anderes Bild von der Weimarer Lebenswirklichkeit. Die Verfassung habe den Juden zwar den Zutritt zur Beamtenlaufbahn im Staatsdienst eröffnet, andererseits sei es in der Privatwirtschaft, vor allem in der Industrie, zu massiver Ausgrenzung jüdischer Kollegen gekommen.



Frauenleben zwischen Tradition und Moderne



1. Beschreibe die Aufgaben, die Frauen in den einzelnen Abschnitten ihres Lebens im Kaiserreich zu erfüllen hatten.
2. Überlege, was die Lithografie über die Rolle der Frau im Kaiserreich aussagt.

zu 1. und 2. Die Lithografie dokumentiert das bürgerliche Rollenverständnis vom Leben der Frau zur Zeit des Kaiserreichs, das die Frau auf ihre Aufgaben im Haushalt reduziert. Im Mittelpunkt steht dabei die Rolle der sorgenden Mutter bzw. Großmutter. Eine Berufstätigkeit sah das bürgerliche Frauenbild nicht vor. Dieses vorherrschende Idealbild von der Rolle der Frau in der Gesellschaft entsprach allerdings nur teilweise der Realität. Insbesondere wirtschaftliche Zwänge machten es manchen Familien unmöglich, auf eine Berufstätigkeit der Frau zu verzichten. Dies betraf jedoch vor allem Familien der Arbeiterschicht. Zudem setzte die Ende des 19. Jahrhunderts aufkeimende Frauenbewegung erste Impulse auf dem Weg zu mehr Selbstständigkeit der Frauen.

3. Finde zu jedem der drei Fotos einen passenden Titel.

individuelle Lösung

4. Vergleiche die Lithografie mit den Fotos unter dem Aspekt „Kontinuität und Wandel“.

Die Fotos aus der Weimarer Zeit deuten auf ein verändertes Rollenverständnis vom Leben der Frau hin. Frauen bei der Arbeit als Telefonistin und bei ausschweifenden Partys dokumentieren ein neues Rollenbild, das nicht mehr wie im Kaiserreich auf Haushalt und Mutterrolle begrenzt war. Allerdings gilt auch für die Weimarer Zeit, dass keine pauschalen Aussagen getroffen werden können. Die sich neu ergebenden Möglichkeiten für Frauen und eine aktive Teilnahme am öffentlichen Leben hingen von der gesellschaftlichen Stellung ab.

5. Fertige Zeichnungen an oder mache Fotos, auf denen du die Rolle der Frau in der Gegenwart aus deiner Sichtweise darstellst.

individuelle Lösung



Zerstörung der Demokratie – Merkmale der NS-Diktatur



1. Lies die nachfolgenden Texte und ergänze dann in der Tabelle rechts die Merkmale der NS-Diktatur. Notiere in Klammern, aus welchen Textquellen (Q1–Q7) deine Informationen stammen.

Q1 Aus der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933:

§1 Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernsprechegeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahme sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

Reichsgesetzblatt 1933, T1, S. 83.

Q2 Aus der Regierungserklärung Hitlers vor der Abstimmung zum „Ermächtigungsgesetz“, 23. März 1933:

Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen, (...) wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandeln oder erbitten. Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag als solchen aufzuheben, im Gegenteil, sie behält sich auch in Zukunft vor, ihn von Zeit zu Zeit über ihre Maßnahmen zu unterrichten oder aus bestimmten Gründen, wenn zweckmäßig, auch seine Zustimmung einzuholen. (...)

Nach: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, IV. Band, Berlin/München o. J., S. 29ff.

Q3 Im Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 heißt es:

Art. 1 Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. (...)

Reichsgesetzblatt 1933, Teil 1, S. 141.

Q5 Ein heutiges Lexikon informiert über die Rolle der Kulturschaffenden in der NS-Diktatur:

Die in Deutschland verbliebenen Kulturschaffenden kommen im April [1934] endgültig unter die totale Kontrolle der NSDAP. Reichsleiter Alfred Rosenberg übernimmt die Führung einer „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“, deren Aufgabe die Überprüfung aller Druckwerke (Bücher, Schriften, Zeitschriften) auf Einhaltung der nationalsozialistischen Grundsätze ist.

Chronik des 20. Jahrhunderts, Dortmund 1983, S. 477.

Q4 Aus dem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933:

§1 In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

§2 Wer es unternimmt, den organisatorischen Zusammenhalt einer anderen politischen Partei aufrechtzuerhalten oder eine neue politische Partei zu bilden, wird, sofern nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft.

Nach: www.nationalsozialismus.de (01.02.2006)

Q7 Leitsätze des „Reichsrechtsführers“ Reichsminister Dr. Frank vom 14. Januar 1936:

1. Der Richter ist nicht als Hoheitsträger des Staates über den Staatsbürger gesetzt, sondern er steht als Glied in der lebendigen Gemeinschaft des deutschen Volkes. Es ist nicht seine Aufgabe, einer über der Volksgemeinschaft stehenden Rechtsordnung zur Anwendung zu verhelfen oder allgemeine Wertvorstellungen durchzusetzen, vielmehr hat er die konkrete völkische Gemeinschaftsordnung zu wahren, Schädlinge auszumerzen, gemeinschaftswidriges Verhalten zu ahnden und Streit unter Gemeinschaftsgliedern zu schlichten.

2. Grundlage der Auslegung aller Rechtsquellen ist die nationalsozialistische Weltanschauung, wie sie insbesondere in dem Parteiprogramm und den Äußerungen unseres Führers ihren Ausdruck findet.

3. Gegenüber Führerentscheidungen, die in die Form eines Gesetzes oder einer Verordnung gekleidet sind, steht dem Richter kein Prüfungsrecht zu. Auch an sonstige Entscheidungen des Führers ist der Richter gebunden, sofern in ihnen der Wille, Recht zu setzen, unzweideutig zum Ausdruck kommt.

Nach: Geschichte in Quellen, Band V, München 1970, S. 317.

Q6 Der Jurist Carl Schmitt schreibt im Jahr 1933 als Gegner der parlamentarischen Demokratie über das im NS-Staat angestrebte Führerprinzip:

Die organisatorische Durchführung des Führergedankens erfordert zunächst negativ, dass alle der liberal-demokratischen Denkart wesensgemäßen Methoden entfallen. Die Wahl von unten [...] hört auf. [...] Auch die alten Abstimmungsprozeduren, mit deren Hilfe eine irgendwie zusammengekoalierte Mehrheit eine Minderheit majorisierte und aus der Abstimmung ein Machtmittel der Übereinstimmung und der Niederstimmung machte, dürfen sich im Einparteienstaat nicht fortsetzen oder wiederholen.

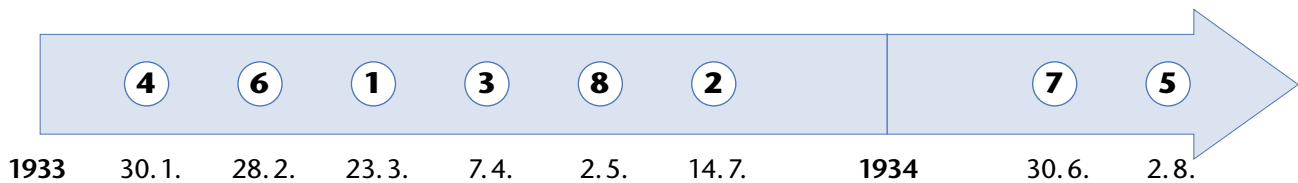
Carl Schmitt, Staat, Bewegung, Volk, Hamburg 1933, S. 35ff.

	Merkmale der Demokratie	Merkmale der NS-Diktatur
<i>Parteien</i>	Parteienvielfalt, Vertreter werden gewählt, Wahlrecht	nur eine Partei – NSDAP, Verbot anderer Parteien, keine Wahlen (Q4, Q6)
<i>Parlament</i>	beschließt und verabschiedet Gesetze, wird vom Volk gewählt	keine gesetzgebende Gewalt, keine Wahlen (Q3, Q6)
<i>Regierung</i>	ist dem Parlament verantwortlich	ist dem Parlament nicht verantwortlich, kann Gesetze beschließen (Q2, Q3)
<i>Gewalten</i>	Gewaltenteilung	keine Gewaltenteilung (Q3, Q6, Q7)
<i>Grundrechte</i>	garantierte Grundrechte (etwa: persönliche Freiheit, freie Meinungsäußerung)	wurden mit der „Reichstagsbrandverordnung“ außer Kraft gesetzt (Q1)
<i>Rechtsprechung</i>	unabhängige Rechtsprechung	Gleichschaltung der Justiz, keine Unabhängigkeit der Richter (Q7)
<i>Kultur</i>	unabhängige, freischaffende Künstler in Literatur, Musik, Kunst und Film	Reichskulturkammer überwachte und zensierte die Künstler (Q5)
<i>Politische Führung</i>	Mitglieder verschiedener Parteien gehören der politischen Führungsschicht im Staat an	nur NSDAP-Mitglieder gehörten der politischen Führungsschicht an (Q4)

2. Diskutiert in der Klasse die Unterschiede zwischen einem demokratischen Staat und der NS-Diktatur.



Auf dem Weg in den Führerstaat



Zwischen 1933 und 1934 baute die NSDAP konsequent ihre Machtbasis aus. Ordne die Stationen auf dem Weg in den Führerstaat richtig in den Zeitstrahl ein. Schreibe die Zahl des Ereignisses in den passenden Datumskreis. Erkläre anschließend stichwortartig das Ereignis, bzw. das Gesetz.

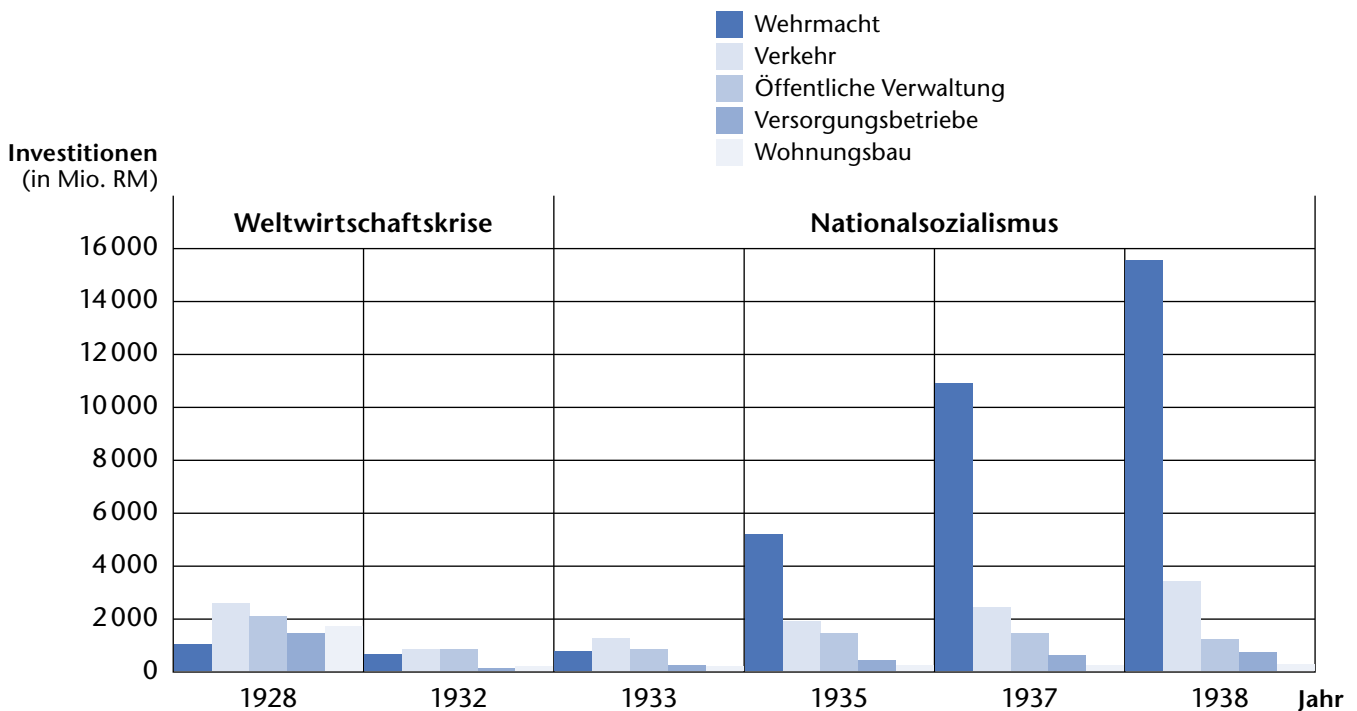
1. Ermächtigungsgesetz: **Dieses Gesetz ermöglichte es der Reichsregierung, künftig Gesetze ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat zu erlassen. Bei der Abstimmung am 23.3.1933 im Reichstag stimmte nur die SPD gegen das Ermächtigungsgesetz.**
2. Gesetz gegen die Neubildung von Parteien: **Nachdem sich die meisten politischen Parteien bis Ende Juni 1933 selbst aufgelöst hatten oder – wie die SPD – verboten worden waren, machte das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien die NSDAP zur offiziell einzigen politischen Partei in Deutschland.**
3. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums: **Dieses Gesetz ermöglichte es den Nationalsozialisten, ihnen missliebige Personen aus dem Staatsdienst zu entlassen. Betroffen waren vor allem Juden und politisch Andersdenkende.**
4. Hitler wird Reichskanzler: **Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Neben Hitler gab es nur noch zwei weitere Nationalsozialisten in der neuen Regierung. Konservative Kreise glaubten deswegen, Hitler „zähmen“ zu können.**
5. Hitler ernennt sich selbst zum „Führer und Reichskanzler“: **Nach dem Tode des Reichspräsidenten Hindenburg ernannte sich Hitler als Führer und Reichskanzler selbst zum Staatsoberhaupt. Mit diesem Amt übernahm er auch den Oberbefehl über die Wehrmacht.**
6. „Reichstagsbrandverordnung“: **Mit Zustimmung des Reichspräsidenten erlassene Notverordnung, die wichtige Grundrechte außer Kraft setzte und somit die rechtliche Grundlage für den Terror der Nationalsozialisten schuf.**
7. SA wird entmachtet: **Im aufkeimenden Konflikt zwischen Reichswehr und der nationalsozialistischen Parteiarmee SA schlug sich Hitler auf die Seite der Generäle und ließ die Führungsriege der SA verhaften und ermorden.**
8. Zerschlagung der Gewerkschaften: **Mit der Entmachtung der freien Gewerkschaften und der Eingliederung der Arbeitervertretung in die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront gelang es den Nationalsozialisten, die Kontrolle über die Arbeiterschaft zu verstärken.**



Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik



1. Übertrage die Werte der Tabelle von 1932 bis 1938 in Form eines Säulendiagramms in das Schaubild (Q1).
Nimm die Darstellung von 1928 als Muster.



2. Beschreibe das von dir gezeichnete Schaubild. Wo wurden Investitionen getätigt, welche Bereiche wurden vernachlässigt?

Es wurde vor allem in Rüstung und den Ausbau des Militärs investiert. Völlig vernachlässigt wurden dagegen Investitionen im sozialen Bereich, in diesem Beispiel vor allem den Wohnungsbau betreffend.

3. Schließe aus Q2, wie die Aufrüstung finanziert wurde. Wie glaubte die NS-Regierung wohl, die Schulden abzubauen zu können? Informiere dich, wie nach dem Zweiten Weltkrieg der Schuldenabbau dann wirklich erfolgte.

Die Aufrüstung wurde mit Hilfe von Krediten bzw. Schulden finanziert, was dazu führte, dass Deutschland 1939 praktisch zahlungsunfähig war. Die NS-Regierung plante, die Schulden mit Hilfe des angestrebten Krieges und der dabei eroberten Gebiete zu tilgen. 1945, nach Beendigung des Krieges, trat der gesamte Schaden zu Tage mit einer gigantischen Inflation – die Reichsmark war nichts mehr wert. Es gab Ersatzwährungen. Erst mit der Währungsreform 1948 entstand wieder eine funktionierende Wirtschaftsordnung. Wieder einmal hatten die kleinen Leute all ihre Ersparnisse verloren.



Widerstand im NS-Staat

Nur wenige Menschen fassten während der NS-Zeit den Mut, etwas gegen die Nationalsozialisten zu unternehmen. Zu groß schien vielen das Risiko. Dennoch gab es sie, die Menschen, die sich widersetzten.



1. Fülle die nachfolgende Tabelle über Widerstandskämpfer aus.

Wer leistete Widerstand?	Mit welchen Mitteln?	Ziele/Motive
militärischer Widerstand: von Stauffenberg, Beck, Goerdeler	Attentat auf Hitler (20. Juli 1944)	Sturz Hitlers; Beendigung des Krieges
Politische Parteien und Gruppen	Flugblattaktionen, Sabotageakte	Kampf gegen die NS-Herrschaft
Teile der christlichen Kirchen	Predigten, öffentlicher Protest	Widerstand gegen staatlichen Eingriff in kirchliche Belange; Protest gegen Ermordung geistig und körperlich Behinderter
Widerstandsgruppe „Weiße Rose“	Verteilen von Flugblättern	wollten auf die Grausamkeiten des Krieges aufmerksam machen; Verurteilung der Ermordung der Juden
Einzelkämpfer, z. B.:	Flugblattaktionen, Attentate, u. a.	unterschiedliche, teils persönliche Motive

2. Lies dir folgende Auffassung durch: „Widerstand zu leisten war sinnlos. Die Nazis waren viel zu mächtig und haben jeden, der sich gegen sie gestellt hat, verhaftet oder getötet. Was konnte da ein Einzelner schon ausrichten?“ Setze dich mit dieser Ansicht auseinander. Was würdest du entgegnen?

individuelle Lösung

3. Stell dir vor, du hättest in der Zeit des Nationalsozialismus gelebt und willst mit einem Flugblatt den Terror und die Verbrechen des NS-Regimes anprangern und verurteilen. Gestalte auf einem Blatt Papier ein Flugblatt, um die Bevölkerung aufzuklären und aufzurütteln.



Die Zeit des Nationalsozialismus



Die folgende Tabelle enthält Aussagen zum Thema Nationalsozialismus. Entscheide, ob die Aussage richtig oder falsch ist.

	Richtig	Falsch
Ohne die Reichstagsbrandverordnung und das Ermächtigungsgesetz wäre es Hitler kaum möglich gewesen, eine Diktatur aufzubauen.	X	
Hitler ernannte sich selbst zum Staatsoberhaupt, als 1934 Reichspräsident Hindenburg starb.	X	
Die SS war die Parteiarmee der NSDAP unter der Führung von Ernst Röhm.		X
Nach der nationalsozialistischen Ideologie gehörten alle Menschen unterschiedlichen Rassen an.	X	
Mit dem neu eingerichteten Propagandaministerium versuchten die Nationalsozialisten Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen.	X	
In der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft durften alle ihre Meinung frei äußern und Kritik an der Regierung üben.		X
Die Frau im NS-Staat sollte eine treue Gattin und fürsorgliche Mutter sein und ihre Arbeit aufgeben, um sich ganz dem Haushalt und der Kindererziehung zu widmen.	X	
In der Hitler-Jugend sollten die Jungen und Mädchen schon früh auf die Ideologie des Staates eingeschworen und zu treuen Gefolgsleuten erzogen werden.	X	
Menschen, die nicht den Vorstellungen der Nationalsozialisten entsprachen, wurden ausgegrenzt, verfolgt oder ermordet.	X	
Als 1939 deutsche Soldaten Polen angriffen, erklärten England und Frankreich Deutschland den Krieg und beteiligten sich sofort an den Kämpfen.		X
Nachdem die Japaner den amerikanischen Stützpunkt auf Haiti am 7. Dezember 1941 angegriffen hatten, traten die USA in den Krieg ein.		X
Die Begriffe Holocaust und Shoa bezeichnen den Völkermord der Nationalsozialisten an den Juden.	X	
Die Widerstandsgruppe um Oberst von Stauffenberg versuchte im Juni 1942 Hitler durch eine Bombe zu töten.		X
Während des Krieges verteilte die Widerstandsgruppe „Gelbe Lilie“ um die Geschwister Hans und Sophie Scholl Flugblätter und rief zum Widerstand auf.		X
Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945 endete der Krieg in Europa.	X	
Nach Kriegsende wurden alle Hauptverantwortlichen der NS-Verbrechen in den „Nürnberger Prozessen“ verurteilt.		X



Amerika erkämpft seine Unabhängigkeit



Im 17. und 18. Jahrhundert gründeten englische Siedler eine Reihe von Kolonien an der Ostküste Nordamerikas. Schreibe die Namen dieser Kolonien auf und setze das Jahr ihrer Gründung in Klammern dazu. Trage zusätzlich die Namen der Indianerstämme in die Karte ein.



1. **Massachusetts** (**1629**)
2. **New Hampshire** (**1629**)
3. **Rhode Island** (**1663**)
4. **Connecticut** (**1662**)
5. **New York** (**1664**)
6. **New Jersey** (**1664**)
7. **Pennsylvania** (**1681**)
8. **Delaware** (**1682**)
9. **Maryland** (**1632**)
10. **Virginia** (**1607**)
11. **North Carolina** (**1729**)
12. **South Carolina** (**1729**)
13. **Georgia** (**1732**)

Die englischen Siedler verdrängten die Indianer bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts über die Appalachen. Britische Händler kauften den Indianern gerne Pelze ab, doch immer wieder kamen ihnen französische Konkurrenten in die Quere. Aus der Handelsrivalität entstand ein Krieg zwischen England und Frankreich, der 1763 mit dem Sieg Großbritanniens endete. Das englische Parlament wollte den Krieg von den Kolonien bezahlen lassen, dazu verfügte es die folgenden Maßnahmen:

z. B. Zölle auf Teeimporte, Steuern auf Drucksachen und Dokumente,

Vorschrift: Waren wie Zucker und Tabak nur nach England auszuführen

Da die Siedler keine Vertretung im englischen **Parlament** hatten, also auch nicht über Zölle und **Steuern** mitbestimmen durften, lehnten sie sich gegen diese Entscheidung auf. Die Beziehungen zum Mutterland verschlechterten sich weiter, als 1770 in der Stadt **Boston** fünf Siedler von britischen Kolonialsoldaten erschossen wurden. 1774 sagte ein Bewohner Virginias einen noch merkwürdig klingenden Satz: „Ich bin Amerikaner.“ Er drückte selbstbewusst eine Haltung aus, die auf eine Trennung vom Mutterland England hinauslief. 1775 kam es bei **Lexington** zu ersten Gefechten zwischen „Amerikanern“ und „Rotröcken“. Der Unabhängigkeitskrieg hatte begonnen, obwohl die **Unabhängigkeits**-erklärung erst am 4. Juli **1776** erfolgte. Der Frieden von Versailles beendete im Jahr **1783** diesen Krieg. 1787 kamen die Vertreter der 13 ehemaligen Kolonien zusammen und gaben dem neuen Staat eine **Verfassung**. 1789 wählten die Amerikaner **George Washington** zum ersten Präsidenten der USA.



Das „goldene Zeitalter“



1. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich die USA in wenigen Jahrzehnten zu einer wirtschaftlichen Großmacht. Wie das geschah – darüber handelt der folgende Text. Fülle die vorhandenen Lücken aus.

Wirtschaftsboom in den USA

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebten die USA einen gewaltigen **Wirtschaftsaufschwung**. Der Bau von **Eisenbahnen** ermöglichte die Besiedlung des amerikanischen **Westens**. Zwischen 1840 und 1910 wuchs das Streckennetz der Eisenbahn in den USA auf fast **400.000** Kilometer. Die Fabriken im Osten des Landes produzierten riesige Stückzahlen **Schienen**, **Lokomotiven** und **Waggons**. Die damals größte Hängebrücke der Welt, die **Brooklyn-Bridge**, **1883** eingeweiht, die das Geschäfts- und Finanzzentrum der Stadt **New York** auf der Insel **Manhattan** mit der Nachbarstadt Brooklyn verband, wurde zum **Symbol** des gigantischen Aufschwungs. Es entstand das Schlagwort „**Money making**“. **Monopole**, die einen Industriezweig alleine beherrschten, konnten die **Preise** diktieren. Einige wenige Amerikaner schafften es vom Tellerwäscher zum **Millionär**. Die Fabrikbesitzer **beuteten** die **Arbeiter** rücksichtslos aus. Für viele US-Bürgerinnen und Bürger blieb der „**amerikanische Traum**“, schnell zu Wohlstand zu gelangen, unerfüllt.

2. Die USA – „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ und das „goldene Zeitalter“ für alle amerikanischen Bürgerinnen und Bürger? Setze dich mit dieser Aussage auseinander und notiere deine Meinung dazu.

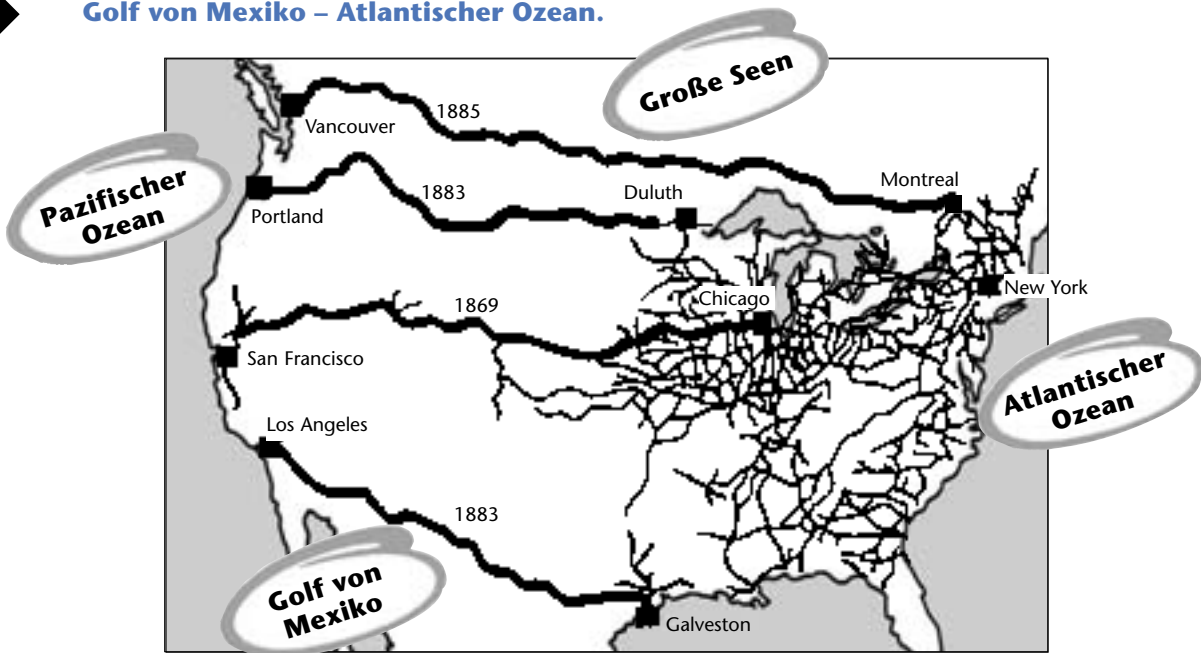
individuelle Antwort



Die USA – ein Land von kontinentaler Größe



1. Trage in die Kreise die Namen der großen Gewässer ein: **Pazifischer Ozean – Große Seen – Golf von Mexiko – Atlantischer Ozean.**

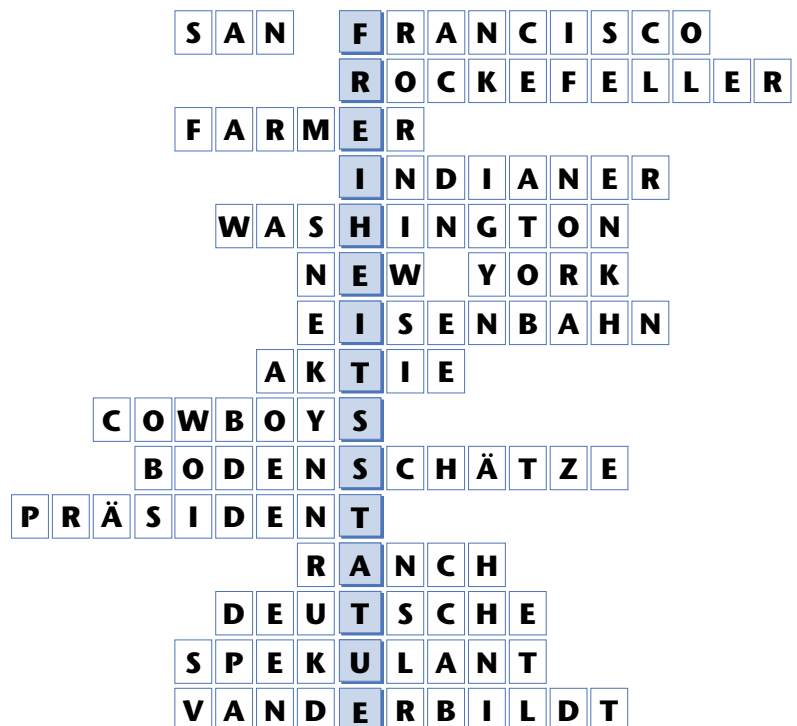


2. Wie kannst du dir erklären, dass das Eisenbahnnetz der USA gegen Ende des 19. Jahrhunderts so unterschiedlich entwickelt war?

Die Erschließung der USA erfolgte von Osten nach Westen. Der Osten war wesentlich dichter besiedelt; dort lagen die großen Industriezentren.

3. Wenn du die Begriffe richtig einträgst, erhältst du als Lösungswort ein berühmtes Denkmal (Ä = Ä).

- Stadt am Pazifischen Ozean
- „Ölkönig“ im 19. Jahrhundert
- Landwirt aus den USA
- Ureinwohner Amerikas
- Hauptstadt der USA
- größte Stadt im Osten der USA
- wichtigstes Verkehrsmittel vor 100 Jahren
- Anteilschein an einem Unternehmen
- berittene Rinderhirten
- Sammelbegriff für Erze, Kohle, Öl etc.
- Staatsoberhaupt der USA
- großer Viehzuchtbetrieb in den USA
- größte Einwanderungsgruppe
- setzt auf Wertsteigerung bei Aktien
- „Eisenbahnkönig“ im 19. Jahrhundert





Die Transsibirische Eisenbahn

Zur Geschichte der „Transsib“

Die seit 1869 bestehende Eisenbahnverbindung durch den amerikanischen Kontinent ließ auch in Russland das Interesse für ein derartiges Projekt wachsen. Intensiv vorangetrieben wurde die Idee aber erst seit 1881. Obwohl private Geldgeber aus dem In- und Ausland Interesse signalisierten, übernahm der Staat die Planung und Finanzierung des Eisenbahnbaus. 1892 gründete der spätere Zar Nikolaus II. das Komitee der Sibirischen Eisenbahn, das neben dem Eisenbahnbau auch die weitere Erschließung Sibiriens koordinieren sollte. Die Gesamtstrecke wurde in mehrere Bauabschnitte aufgeteilt. In den Hauptphasen waren mehr als 100.000 Menschen beim Bau der fast 10.000 Kilometer langen Eisenbahnlinie beschäftigt. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Strecke in Betrieb genommen. Mit der Fertigstellung des letzten Teilstückes 1916 fuhr die Transsib zwischen Ural und Pazifik vollständig auf russischem Hoheitsgebiet.

von	nach	km
Moskau	Samara	ca. 1100
Samara	Omsk	ca. 1800
Omsk	Krasnojarsk	ca. 1400
Krasnojarsk	Irkutsk	ca. 1000
Irkutsk	Tschita	ca. 1000
Tschita	Nertschinsk	ca. 500
Nertschinsk	Blagoweschtschensk	ca. 1100
Blagoweschtschensk	Chabarowsk	ca. 700
Chabarowsk	Wladiwostok	ca. 700



1. Ermittle anhand der Karte die Entfernungen zwischen den an der Strecke liegenden Orten. Ergänze die Tabelle.

2. Welche Vorteile haben sich die Regierenden im Zarenreich vom Bau der Eisenbahnstrecke erhofft?

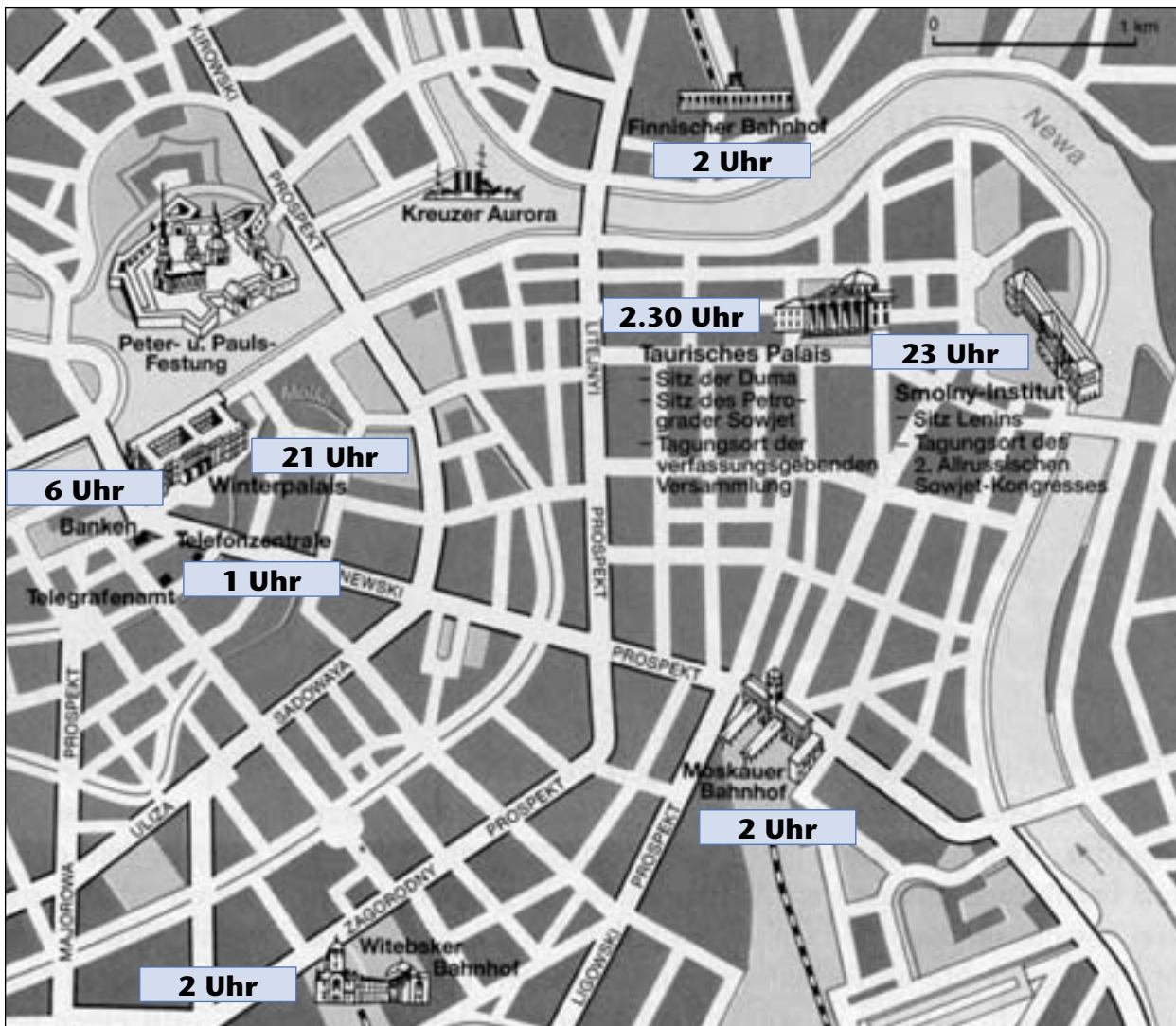
- **der strategisch wichtige Ferne Osten sollte enger an das Reich gebunden werden;**
- **Umsiedlung von Bauern aus dem europäischen Teil Russlands in die Gebiete jenseits des Ural sollte separatistischen Bestrebungen Einhalt gebieten;**
- **bessere Erschließung des Rohstoffreichtums Sibiriens;**
- **Hoffnung der aufstrebenden russischen Industrie, durch diesen Korridor stärker am Welthandel teilzuhaben**

3. Auf welche Schwierigkeiten musste sich ein Tourist um 1910 einstellen, wenn er die Transsib benutzte?

- **hohe Kosten**
- **Übervorteilung bei Unkenntnis der russischen Sprache**
- **heiße Sommer, sehr kalte Winter**
- **unpassierbare Straßen**
- **gültige Reisedokumente erforderlich**



Petrograd 1917 – eine Regierung wird gestürzt



1. Markiere auf dem Stadtplan möglichst viele der aufgelisteten Ereignisse, indem du jeweils die Uhrzeit zu dem richtigen Ort in der Karte schreibst.

2. Erkläre die Maßnahmen der Bolschewiki. Nenne Gründe für die Besetzung
- der Bahnhöfe: **Es konnten keine regierungstreuen Truppen zuhelfe kommen.**
 - der Fernmeldeverbindungen: **Die Regierung konnte keine Hilfe herbei rufen.**
 - der Staatsbank: **Es konnten keine Staatsgelder vor dem Zugriff der Bolschewiki in Sicherheit gebracht werden.**
3. Begründe, ob die bisherige Regierung Möglichkeiten hatte, sich einer Festnahme zu widersetzen bzw. Hilfe herbeizurufen.

Der Ablauf des Umsturzes in Petrograd am 25. und 26. Oktober 1917:

25. Oktober 1917

- 1 Uhr Besetzung der Hauptpost
- 2 Uhr Besetzung der Bahnhöfe und des Elektrizitätswerkes
- 6 Uhr Besetzung der Staatsbank
- 7 Uhr Besetzung des Telefonamtes. Kerenski verlässt die Stadt um militärische Verstärkung zu holen.
- 21 Uhr Beginn des Sturms auf das Winterpalais
- 23 Uhr Eröffnung des 2. Allrussischen Sowjetkongresses

26. Oktober 1917

- 2.30 Uhr Lenin ruft die Sowjetrepublik aus.



Die USA im Überblick



Was weißt du noch aus der Geschichte der USA? Setze die Begriffe und Zahlen richtig in den Lückentext ein: **9 Millionen km²** – **Aktienbörse** – „**American Way of Life**“ – **arbeitslos** – **Atomwaffen** – **Bündnisse** – **Einwanderer** – **Entente-Mächte** – **Demokratie** – **Fernen Osten** – **Freiheit** – „**Gleichgewicht des Schreckens**“ – **Handel** – **Kalten Krieges** – **Kommunismus** – **kontinentaler** – **New Deal** – **Roosevelt** – **Stützpunkten** – **Truman** – **UdSSR** – **UNO** – **Vietnam** – **Völkerbund** – **Waffenarsenal**



1900

Die USA sind in einem Jahrhundert durch Kriege und Landkäufe zu einem Staat von kontinentaler Größe gewachsen, dessen Fläche mehr als 9 Millionen km² umfasst; jedes Jahr strömen Hunderttausende Einwanderer ins Land, angezogen durch die Aussicht auf Arbeit, oder gar Reichtum.



1917

Die USA treten auf Seiten der Entente-Mächte in den Krieg gegen Deutschland ein. Nun werden die amerikanischen Fabriken zum Waffenarsenal der Westmächte. Nach dem Sieg kann der amerikanische Präsident Wilson seine Vorstellung von einem gerechten Frieden nicht durchsetzen. Die USA werden auch nicht Mitglied im Völkerbund.



1933

Nach einem Kurssturz an der New Yorker Aktienbörse (1929) ist das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise geraten. Fast zwölf Millionen Amerikaner sind arbeitslos. Der neu gewählte Präsident Franklin Delano Roosevelt gibt den Menschen durch die Reformpolitik des New Deal (= Neuverteilung der Chancen) wieder Hoffnung.

1945

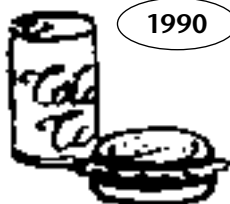


Am Ende des Zweiten Weltkrieges besitzen alleine die USA Atomwaffen; ihre Truppen stehen in Europa und im Fernen Osten. Nun wollen die USA überall in der Welt Demokratie und freien Handel durchsetzen. Der neue Präsident Harry S. Truman sieht die UdSSR unter Stalin zunehmend als Gegner der neuen Ordnung.



1963

Die USA haben rund um den Globus Bündnisse geschlossen, um ein weiteres Vordringen des Kommunismus zu verhindern. In dem südostasiatischen Staat Vietnam greifen sie sogar in einen Krieg ein, der schließlich mit einer Niederlage endet. Die atomare Vorherrschaft geht verloren, sodass man bald von einem „Gleichgewicht des Schreckens“ spricht.



1990

Die USA bleiben nach dem Ende des Kalten Krieges als einzige Supermacht übrig. Sie haben ihren Einfluss in der Weltorganisation der UNO ausgedehnt und können von ihren Stützpunkten rund um die Erde in jeden Konflikt eingreifen. Der „American Way of Life“ wird für Menschen in aller Welt zum Vorbild.



Die Sowjetunion im Überblick



Was weißt du noch aus der Geschichte des größten Landes der Erde? Setze die Begriffe und Zahlen richtig in den Lückentext ein: **17 Millionen km²** – **23 Millionen km²** – **Atomkrieges** – **Bolschewiki** – **Bürgerkrieg** – **Eisernen Vorhang** – **Ersten Weltkrieg** – **Fünf-Jahres-Plänen** – **Glasnost** – **kommunistischen** – **Kollektivierung** – **Kuba** – **Lenin** – **Michail Gorbatschow** – **NATO** – **Ostblocks** – **Perestroika** – **Revolutionen** – **Roten Armee** – **Satellitenstaaten** – **Sibirien** – **Siegermächte** – **sozialistischen** – **Stalin** – **Supermacht** – **UdSSR** – **Volksdemokratien** – **Warschauer Pakt** – **Zaren**

1900



Russland ist ein gewaltiger Staat mit einer Fläche von **23 Millionen km²**. Das Land wird seit mehr als 300 Jahren von den **Zaren** beherrscht. Sie regieren noch beinahe uneingeschränkt. Wer sich gegen sie auflehnt, wird ins Gefängnis gesperrt oder ins ferne **Sibirien** verbannt.



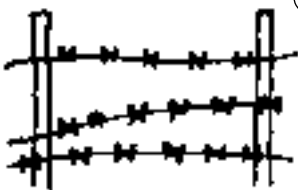
1917

Schwere Niederlagen im **Ersten Weltkrieg** und eine katastrophale Lebensmittelversorgung führen zu zwei **Revolutionen**. Am Ende setzen sich die **Bolschewiki** unter **Lenin** durch. Nach einem entsetzlichen **Bürgerkrieg** machen sie aus Russland den ersten **sozialistischen** Staat.

1929



Aus Russland ist die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (= **UdSSR**) geworden. Josef **Stalin** hat innerhalb der **kommunistischen** Partei die alleinige Macht gewonnen. Mit brutalen Methoden setzt er die **Kollektivierung** der Landwirtschaft und den Aufbau der Wirtschaft nach **Fünf-Jahres-Plänen** durch.



1945

Die Sowjetunion ist eine der vier **Siegermächte** über Deutschland. Viele Länder Mittelost- und Südosteuropas sind von der **Roten Armee** besetzt. Überall werden unter Führung der Kommunisten so genannte **Volksdemokraten** gegründet. In Wirklichkeit sind sie von Moskau abhängige **Satellitenstaaten**.



1962

Die Sowjetunion ist neben den USA zur zweiten **Supermacht** aufgestiegen. Am so genannten **Eisernen Vorhang** stehen sich die Militärbündnisse **NATO** und **Warschauer Pakt** gegenüber. Als die Sowjetunion versucht, Raketen auf **Kuba** zu stationieren, steht die Welt am Rande eines **Atomkrieges**.

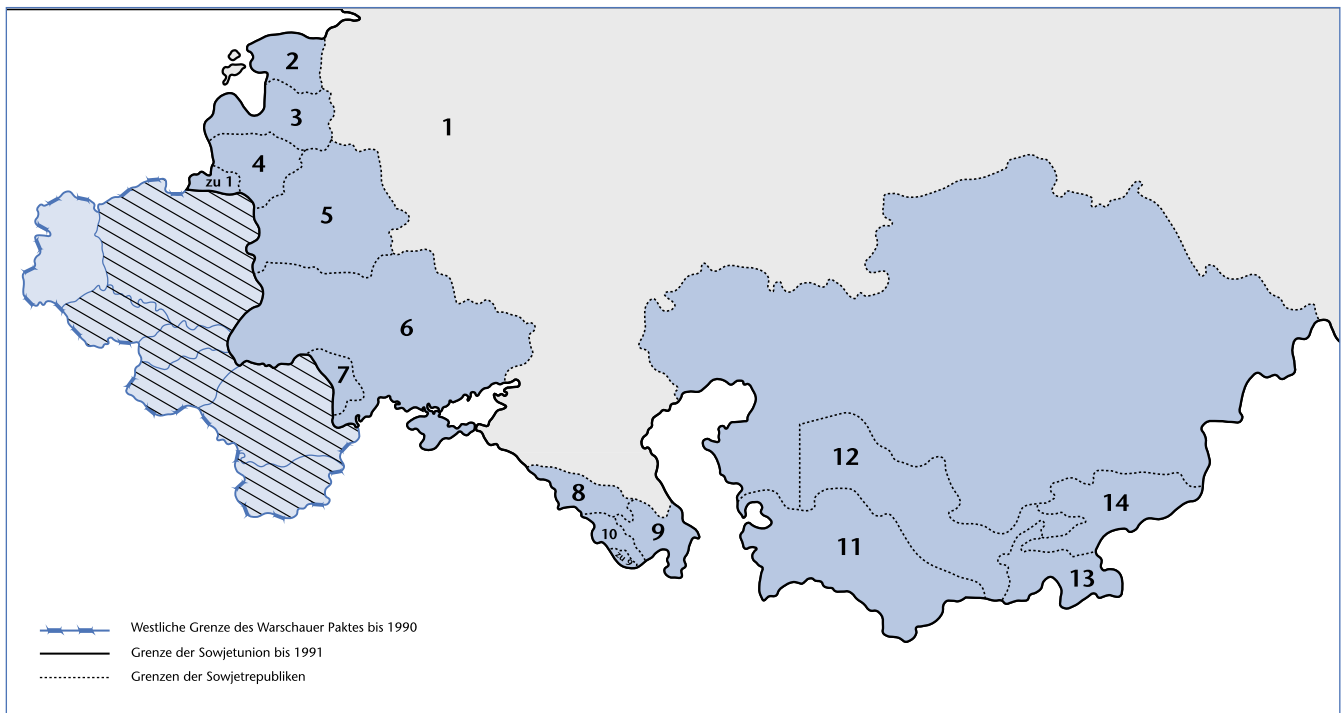


1991

Michael Gorbatschow hat unter den Schlagworten von **Glasnost** und **Perestroika** den demokratischen Umbau der Sowjetunion begonnen. Seine Politik führt schließlich zum Zusammenbruch des **Ostblocks** und zum Zerfall der Sowjetunion in 15 unabhängige Staaten. Russland bleibt aber mit **17 Millionen km²** Fläche das größte Land der Erde.



UdSSR/Russland – Niedergang einer Supermacht



Die Karte zeigt dir den politischen Zustand Osteuropas, wie er bis zu den großen Umbrüchen der Jahre 1989 bis 1991 bestand. Der Warschauer Pakt löste sich 1990 auf, die UdSSR zerfiel 1991 in ihre 15 Sowjetrepubliken, die nun unabhängige Staaten wurden.



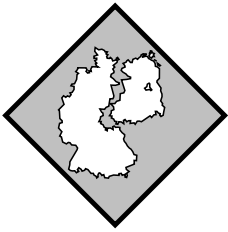
1. Benenne die Länder, die beim Zerfall der Sowjetunion als souveräne Staaten entstanden.

- | | | |
|-----------------------|------------------------|-------------------------|
| 1 <u>Russland</u> | 6 <u>Ukraine</u> | 11 <u>Turkmenistan</u> |
| 2 <u>Estland</u> | 7 <u>Moldawien</u> | 12 <u>Usbekistan</u> |
| 3 <u>Lettland</u> | 8 <u>Georgien</u> | 13 <u>Tadschikistan</u> |
| 4 <u>Litauen</u> | 9 <u>Aserbajdschan</u> | 14 <u>Kirgistan</u> |
| 5 <u>Weißrussland</u> | 10 <u>Armenien</u> | 15 <u>Kasachstan</u> |

2. Welche Staaten, die bis 1990 dem Warschauer Pakt angehörten, sind heute Mitglieder der NATO? (Beachte: Aus der Tschechoslowakei entstanden zum 1. 1. 1993 durch Trennung die neuen Staaten Tschechische Republik und Slowakei. Hier sind daher gegebenenfalls die beiden neu entstandenen Staaten einzutragen.)

- | | | |
|------------------------|------------------------------------|-------------------------|
| <u>Polen (1999)</u> | <u>Tschechische Republ. (1999)</u> | <u>Ungarn (1999)</u> |
| <u>Estland (2004)</u> | <u>Lettland (2004)</u> | <u>Litauen (2004)</u> |
| <u>Slowakei (2004)</u> | <u>Rumänien (2004)</u> | <u>Bulgarien (2004)</u> |

3. Markiere durch parallele Schrägstriche in der Karte die neuen Mitglieder der NATO. Zeichne außer Russland alle aus der ehemaligen UdSSR entstandenen Staaten farbig ein. Wie könnte deine Karte auf russische Schüler wirken?



Schwieriger Anfang auf dem Weg zur Demokratie – die Westzonen nach 1945



Umerziehung der Deutschen

Auf Befehl der amerikanischen Besatzungsmacht muss sich die Bevölkerung in Neunburg vorm Wald (Oberpfalz) im Frühjahr 1945 Leichen von ermordeten KZ-Häftlingen anschauen.



1. *Stell dir vor, du wärst als Zeitungsreporter dabei gewesen. Was hättest du geschrieben? Verfasse einen Zeitungsartikel und überlege dir eine passende Überschrift.*

2. *Lies Q1 und erkläre, mit welchen Schwierigkeiten Josef Janota beim demokratischen Aufbau zu kämpfen hatte. Wie löste er die Probleme?*

- **Es fanden sich nur wenig Kandidaten.**
- **Misstrauen gegenüber den alten Parteien war ausgeprägt.**
- **Viel Überzeugungsarbeit war notwendig.**

Deutsche Demokraten der ersten Stunde

Q1 Josef Janota, Vorsitzender der örtlichen Selbsthilfeorganisation der Vertriebenen, später Landtagabgeordneter, berichtet:

„Im November 1947 kam dann die erste richtige demokratische Wahl des Gemeinderates und des Kreistags. Die Vertriebenen wollten nicht bei den alten Parteien kandidieren und so haben wir selbst eine Wahlgemeinschaft gebildet. Ich musste wieder im ganzen Landkreis herumradeln, Kandidaten aussuchen und aufstellen, Unterschriften sammeln wie es das Gesetz vorschrieb usw. Wir haben es dann geschafft und sind mit 6 Mitgliedern in den Gemeinderat und mit 5 in den Kreisstag eingezogen. Ich wurde für beide Gremien sofort als Fraktionsprecher gewählt.“

Nach: Praxis Geschichte 4/2002, S. 16.

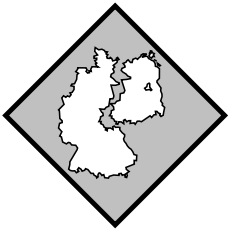
Unterstützung der Besatzungsmächte

Care-Pakete mit Lebensmitteln werden an West-Berliner Kinder verteilt. Amerikanische Familien unterstützten damit die notleidende deutsche Bevölkerung.



3. *Was bedeuteten die Care-Pakete für die Deutschen? Nenne weitere Beispiele für die Unterstützung der Bevölkerung durch die Westmächte.*

- **Not der deutschen Familien wurde gelindert.**
- **Das Vertrauen zu den Besatzungsmächten wuchs.**
- **Vor allem Maßnahmen zur „Umerziehung“: demokratischer Rundfunk, demokratische Presse, neue Justizorgane, demokratisches Schulwesen.**



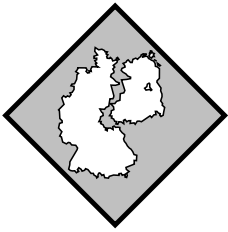
Alles dreht sich um die Wirtschaft



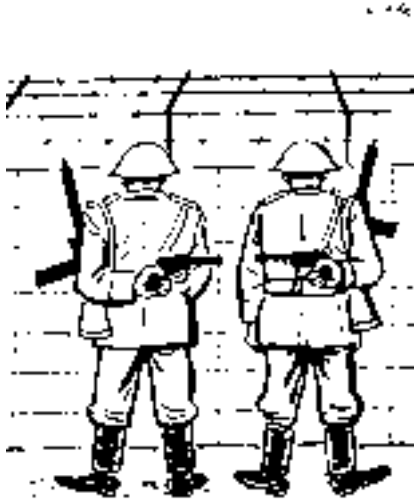
Ergänze die Lücken im Text über die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands in den Jahren 1945–1995 mit den unten stehenden Begriffen:

1. Nach dem Zweiten Weltkrieg stritten die demokratischen Parteien in den Westzonen heftig über eine neue **Wirtschaftsordnung**.
2. Im Ahlener Programm der CDU war die **Mitbestimmung** der Arbeitnehmer ein wichtiges Anliegen.
3. Die Sozialdemokraten in den Westzonen sahen in den **Gewerkschaften** ein wichtiges Instrument für die Demokratisierung der Wirtschaft.
4. Ein großer Teil der Gelder des **Marshall-Planes** wurde in Form langfristiger **Kredite** vergeben.
5. Während der **Bodenreform** wurden in der sowjetischen Besatzungszone unter anderem 8 000 Grundbesitzer entschädigungslos enteignet.
6. Die **soziale Marktwirtschaft** ist eng mit dem Namen des Wirtschaftsministers **Ludwig Erhard** verbunden.
7. In der DDR war die Grundlage der sozialistischen **Planwirtschaft** das staatliche und genossenschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln.
8. Immer mehr Betriebe in der DDR wurden in Staatseigentum überführt und nannten sich jetzt **Volks-eigene Betriebe**.
9. Die schlechte **Versorgungslage** war ein Grund für die Unzufriedenheit der DDR-Bürger im Jahr 1953.
10. Im Vergleich zur Bundesrepublik waren in der DDR viel mehr Frauen im **Berufsleben** tätig.
11. Am 1. Juli 1990 wurde in der DDR die **D-Mark** als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt.
12. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde in den neuen Bundesländern ein Aufbauwerk unter dem Namen „**Aufbau Ost**“ angekurbelt.





Mauerbau – unterschiedliche Sichtweisen



„Mauerwächter“, Karikatur des bundesdeutschen Zeichners Oskar



Q1 Beschluss des Ministerrates der DDR, veröffentlicht im „Neuen Deutschland“ am 13. August 1961:

(...) Die westdeutschen Revanchisten und Militaristen missbrauchen die Friedenspolitik der UdSSR und der Staaten des Warschauer Vertrages in der Deutschlandfrage, um durch feindliche Hetze, durch Abwerbung und Diversionstätigkeit nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch anderen Staaten des sozialistischen Lagers Schaden zuzufügen (...).

Aus all diesen Gründen beschließt der Ministerrat der DDR (...) zum Schutze der DDR und im Interesse der Sicherheit des sozialistischen Lagers folgende Maßnahmen: Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der DDR einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen eines souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühlätigkeit den Weg zu verlegen.
Diversionstätigkeit: Sabotage

1. Karikatur und Textquelle liefern unterschiedliche Begründungen für den Bau der Mauer. Erkläre beide.

So erklärt der Karikaturist den Mauerbau:

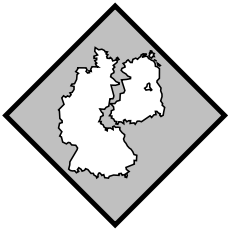
- Die beiden Grenzsoldaten achten nicht auf „Eindringlinge“ aus dem Westen, sondern passen auf sich gegenseitig auf, um eine Flucht des anderen zu verhindern. In der Verhinderung der Flucht der DDR-Bürger in den Westen sieht der Karikaturist die wahre Absicht des Mauerbaus.

So erklärt der Ministerrat den Mauerbau:

- Hetze der „westdeutschen Revanchisten und Militaristen“ gegen die Friedenspolitik der DDR und ihrer Verbündeten
- gegen Abwerbung von Arbeitskräften aus der DDR
- um der Spionagetätigkeit des Westens vorzubeugen
- um die Sicherheit der DDR zu gewährleisten

2. Notiere in Stichpunkten die tatsächlichen Gründe für den Bau der Mauer.

- Verhinderung der Abwanderung von DDR-Bürgern nach Westen
- Flucht schwächte die Wirtschaft der DDR
- bewusste Einschränkung der Reisefreiheit, um den DDR-Bürgern die Vorteile einer demokratischen Gesellschaft vorzuenthalten



Der Grundlagenvertrag

Im Jahr 1972 wurde der heftig diskutierte Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnet. In einer Bundestagsdebatte vertraten der damalige Außenminister Walter Scheel (FDP) und der Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU) unterschiedliche Auffassungen:

Q1 Außenminister Walter Scheel (FDP):

„Der Grundlagenvertrag dient einem dreifachen Ziel:
Erstens: Er soll die Verbindung und das Gespräch zwischen den Menschen in Deutschland erleichtern. Er soll damit die Härte der Teilung mildern und das Bewusstsein der nationalen Zusammengehörigkeit aller Deutschen erhalten.
Zweitens: Er soll die Voraussetzung einer Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten auf vielen Gebieten schaffen. Kontakte, die in den vergangenen Jahren immer schwieriger und spärlicher wurden oder ganz abgerissen sind, sollen neu geknüpft werden.
Drittens: Er soll den gegenwärtigen Zustand der Teilung als Konflikttherd in der Mitte Europas entschärfen, ohne dass wir auf das Ziel der Überwindung der Teilung verzichten.“
W. Scheel: Reden und Interviews. Bonn, o.J., S.225.

Q2 Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU):

„Dieser Vertrag – schlecht und eilig ausgehandelt, ohne angemessene Leistung und Gegenleistung – soll, so wird gesagt, dem Frieden dienen: Frieden aber ist doch eine Sache der Menschenrechte. Über dieses Problem wird zu sprechen sein wie über Ihre neue Formel von den zwei deutschen Staaten. Es hieß vor kurzem noch: zwei Staaten in Deutschland. Was wir Ihnen vorwerfen, Herr Bundeskanzler, ist dies: Mit der Unterschrift unter den Grundlagenvertrag bereiten Sie der DDR den Weg in die UNO, ohne den Bürgern der DDR die in der UNO-Charta beschworenen Menschenrechte zu gewährleisten.“
I. Wilharm (Hrsg.): Deutsche Geschichte 1962–1983, Bd. 2, Frankfurt 1985, S. 69.

Textquellen vergleichen

1. Arbeite das gemeinsame Thema heraus.
2. Stelle die wichtigsten Informationen der Texte einander gegenüber, indem du die wesentlichen Aussagen in beiden Texten unterstreichst.
3. Halte Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten zwischen den Aussagen fest.
4. Ordne die Aussagen in dein bisheriges Wissen ein und formuliere deine eigene Meinung zum Thema.



1. Wie bewerten die beiden Politiker den Grundlagenvertrag? Notiere die unterschiedlichen Ansichten mit Hilfe der methodischen Arbeitsschritte:

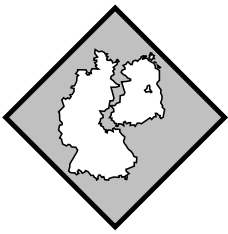
Scheel begrüßt den Vertrag, Barzel lehnt ihn ab.

Begründung von Scheel:

- Vertrag ermöglicht eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ost- und Westdeutschen und fördert damit das Zusammengehörigkeitsgefühl.
- Vertrag schafft die Möglichkeit, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten zu intensivieren.
- Bessere Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dienen dazu, die Spannungen zwischen Ost und West abzubauen.
- Vertrag bedeutet keinen Verzicht auf die Wiedervereinigung.

Begründung von Barzel:

- Vertrag bevorteilt einseitig die Herrschenden in der DDR.
- Er vertieft die Spaltung, indem die DDR als Staat anerkannt wird.
- Vertrag erhöht nicht den Druck auf die DDR-Regierung, die Menschenrechte einzuhalten.



Politiker gesucht



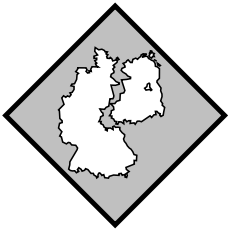
Ermittle mit Hilfe der Silben die Nachnamen von 15 Politikern, die die Entwicklung Deutschlands nach 1945 maßgeblich beeinflussten. Die in Klammern angegebenen Buchstaben ergeben von oben nach unten gelesen ein Ereignis, von dem die Deutschen lange träumten.

a – bat – byr – cker – cker – chrust – de – de – de – er – er – er – gaul – gor –
hard – hau – hei – ho – kohl – le – len – ling – mai – mann – me – nau – ne –
ne – nes – ol – pieck – re – richt – sä – schow – schow – ulb – weiz – wuer – zie

1. erster deutscher Bundeskanzler, er erreichte die Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft
2. Wirtschaftsminister der Bundesrepublik, „Vater“ der sozialen Marktwirtschaft
3. Parteichef der SED, später Staatsratsvorsitzender der DDR, verantwortlich für den Mauerbau
4. sowjetischer Staatschef, verkündete 1955 die „Zweistaatentheorie“
5. Bundespräsident 1984–1994, äußerte sich wiederholt zur nationalen Frage der Deutschen
6. Staatsratsvorsitzender der DDR, Nachfolger Ulbrichts, musste 1989 sein Amt aufgeben
7. Vorsitzender der SPD bis 1963, war gegen den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO
8. demokratisch gewählter Ministerpräsident der DDR, der den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik förderte
9. Staatspräsident Frankreichs, unterzeichnete gemeinsam mit Bundeskanzler Adenauer den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag
10. Bundesminister für Justiz 1966–1969, später auch Bundespräsident, setzte sich wiederholt mit den Studentenprotesten Ende der 1960er-Jahre auseinander
11. amerikanischer Außenminister, der nach dem Zweiten Weltkrieg forderte, das deutsche Volk auf seinem Weg zur Demokratie zu unterstützen
12. Bundeskanzler – der von ihm vorgelegte „Zehn-Punkte-Plan“ zeigte den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands auf
13. Staatspräsident der DDR von 1949 bis 1960, vorher führender deutscher Kommunist
14. Bundesfamilienminister, trat für die „Hausfrauenehe“ ein
15. Partei- und Staatschef der Sowjetunion, der sich große Verdienste um die Wiedervereinigung Deutschlands erwarb

- | | |
|-----------------------------------|----------------------------------|
| 1. Adenauer _____ (2) | 9. de Gaulle _____ (2) |
| 2. Erhard _____ (1) | 10. Heinemann _____ (3) |
| 3. Ulbricht _____ (1) | 11. Byrnes _____ (4) |
| 4. Chruschtschow _____ (6) | 12. Kohl _____ (3) |
| 5. Weizsäcker _____ (5) | 13. Pieck _____ (3) |
| 6. Honecker _____ (5) | 14. Wuermeling _____ (8) |
| 7. Ollenhauer _____ (6) | 15. Gorbatschow _____ (6) |
| 8. de Maiziere _____ (2) | |

Lösung: **D**₁ **E**₂ **U**₃ **T**₄ **S**₅ **C**₆ **H**₇ **E**₈ **E**₉ **I**₁₀ **N**₁₁ **H**₁₂ **E**₁₃ **I**₁₄ **T**₁₅



Die Zeichen der Zeit nicht verstanden

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

(So äußerte sich sinngemäß der Staatschef der UdSSR Michail Gorbatschow im Oktober 1989 zu Funktionären der SED.)



1. Beschreibe die Ziele und Aktivitäten der Bürgerrechtsgruppen in der DDR in den 1980er-Jahren.

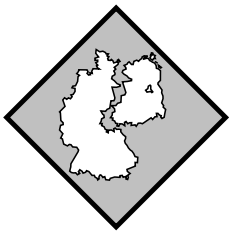
Die Bürgerrechtsgruppen in der DDR traten für die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte ein, unterstützten politische Häftlinge und setzten sich mit gesellschaftlichen Missständen auseinander.

2. Erläutere in Stichworten, wie die Partei- und Staatsführung der DDR auf die Zeichen der Zeit, gesellschaftliche Reformen durchzuführen, reagierte. Gehe dabei auf den sinngemäßen Ausspruch Michail Gorbatschows ein: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

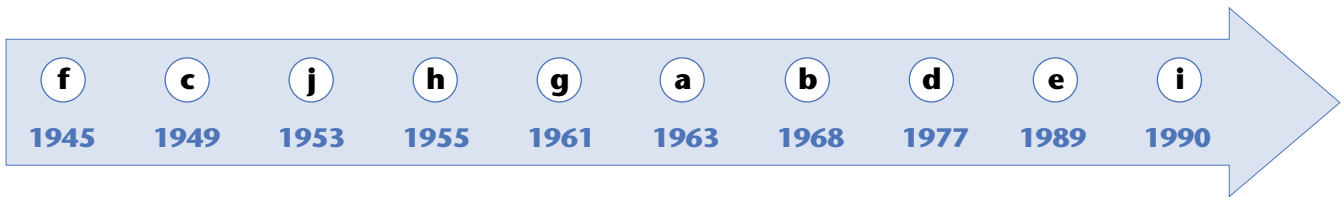
Die Partei- und Staatsführung ignorierte alle Ansätze für gesellschaftliche Reformen: Keine Einhaltung der Menschenrechte, Verurteilung Andersdenkender, Abgrenzung von der Bundesrepublik und von allen Reformkräften in und außerhalb der DDR. Das Verkennen der Notwendigkeit von Reformen führte schließlich zum Sturz der Regierung.

3. Warum bedeutete die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 das Ende der SED-Herrschaft? Erkläre dabei den Stellenwert der Mauer für die Deutschen in Ost und West.

Die Mauer war für die Deutschen, aber auch für die Bürger in der ganzen Welt, ein Symbol für die Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte und für die widerrechtliche Spaltung der deutschen Nation. Deshalb empfanden die Deutschen in Ost und West die Öffnung der Mauer als eine vernichtende Niederlage für das Herrschaftssystem in der DDR.



45 Jahre deutsche Geschichte



1. Die Zeitleiste nennt Daten, die für die Deutschen in den Jahren von 1945 bis 1990 bedeutsam waren. Füge in den Kreis jeweils den Buchstaben des Ereignisses ein, das in diesem Jahr stattfand.

- a) Abschluss des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages
- b) Studentendemonstrationen in der Bundesrepublik und in West-Berlin
- c) Gründung der beiden deutschen Staaten
- d) endgültige rechtliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann in der Bundesrepublik
- e) Fall der Mauer
- f) Kapitulation der deutschen Wehrmacht
- g) Bau der Mauer
- h) Bundesrepublik wird Mitglied der NATO
- i) Wiedervereinigung Deutschlands
- j) Volksaufstand in der DDR

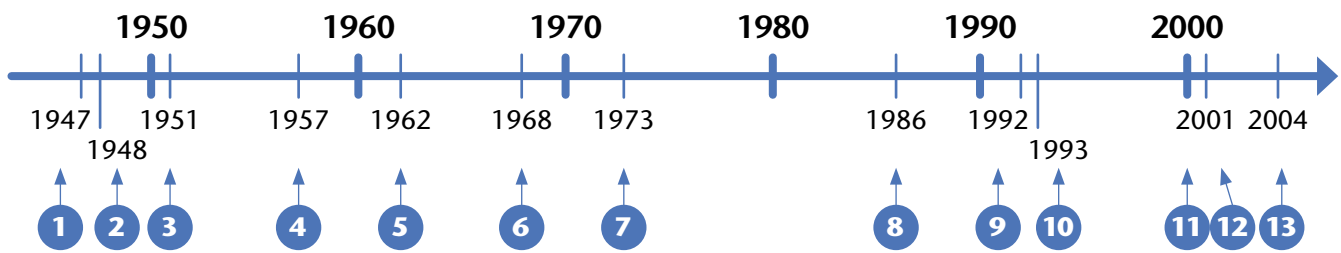
2. In der Geschichte der Deutschen nach 1945 gab es wichtige Dokumente, die für die Entwicklung der beiden deutschen Staaten, aber auch für die Gestaltung der Beziehungen der Deutschen zu den anderen Völkern wichtig waren. Unten findest du vier Zitate. Um welches Dokument handelt es sich jeweils? Fülle die nachfolgende Tabelle aus:

- a) „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt (...). Jedermann hat das Recht, sich (...) mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“
- b) Konrad Adenauer: „Das Vertragswerk macht die Bundesrepublik erst fähig, die Spaltung Deutschlands zu beseitigen und die sich mit der Wiedervereinigung stellenden Aufgaben zu bewältigen.“
- c) Willy Brandt: „Dem polnischen Volk gibt der Vertrag die Gewissheit, dass es in gesicherten Grenzen leben kann.“
- d) „Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung (...). Sie respektieren die Unabhängigkeit jedes der beiden Seiten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten. (...)“

	Dokument/Vertrag	Abschlussjahr
a	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland	1949
b	Pariser Verträge	1954
c	Warschauer Vertrag der Bundesrepublik mit Polen	1970
d	Grundlagenvertrag	1972



Europas Einigung chronologisch gesehen



Ordne den folgenden Ereignissen die zutreffenden Jahreszahlen zu, indem du sie mit den richtigen Ziffern (1–13) versiehst. Stimmt deine Zuordnung, dann ergeben die eingeklammerten Großbuchstaben am Ende der Ereignistexte in der Reihenfolge 1–13 ein dir bekanntes Lösungswort.

- 12** die europäischen Regierungschefs beschließen die Einführung einer europäischen Verfassung (A)
- 9** Abschluss des Vertrages von Maastricht und Gründung der EU (I)
- 5** der amerikanische Präsident Kennedy warnt die Abgeordneten des Kongresses vor der möglichen Konkurrenz der EWG (A)
- 2** Gründung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (U)
- 4** Abschluss der Römischen Verträge (R)
- 8** die Europäische Politische Zusammenarbeit wird zum Grundsatz erhoben (T)
- 13** feierliche Aufnahme von zehn neuen Staaten in die Europäische Union (L)
- 11** die EU-Regierungschefs verabschieden die „Lissabon-Strategie“ (N)
- 1** der amerikanische Außenminister Marshall lässt den nach ihm benannten Plan zum Wiederaufbau Europas ausarbeiten (S)
- 7** erste Erweiterungsrunde durch den Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks zu den sechs Gründerstaaten der europäischen Gemeinschaft (A)
- 3** Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (P)
- 6** Jahr, in dem die von den sechs EWG-Staaten verabredete Zollunion hergestellt war (N)
- 10** die EU-Regierungschefs legen in den Kopenhagener Kriterien die Bedingungen für die Aufnahme in die EU fest (O)

Lösung: **S**₁ **U**₂ **P**₃ **R**₄ **A**₅ **N**₆ **A**₇ **T**₈ **I**₉ **O**₁₀ **N**₁₁ **A**₁₂ **L**₁₃



6 – 15 – 25: Das Einmaleins der europäischen Vereinigung



Färbe die unten genannten Staaten jeweils einheitlich ein und schreibe ihre Namen auf.

1. Die sechs Gründerstaaten: **Frankreich, Bundesrepublik, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Italien**

2. Die neun Beitrittsstaaten bis 1995: **Irland, Großbritannien, Schweden, Finnland, Österreich, Griechenland, Dänemark, Portugal, Spanien**

3. Die zehn Beitrittsländer 2004: **Malta, Zypern, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Polen, Estland, Litauen, Lettland**





Rätselhaftes Europa



bon – en – eu – frank – gend – gra – in – ju – ken – koh – le – lis – maas – man – mann – mar – mi – nen – ni – nis – o – on – pa – rat – rat – reich – ro – sa – schran – schu – se – shall – slo – stre – sub – te – ter – ti – ti – tricht – ven – we – zoll

Bilde aus den Silben die folgenden Begriffe und setze sie in die entsprechenden Kästchenzeilen ein. Die markierte senkrechte Kästchenreihe ergibt einen dir bekannten Lösungsbegriff.

- 1949 gegründete europäische Institution
- amerikanischer Außenminister, Schöpfer des europäischen Wiederaufbauprogramms
- Gründungsort der Europäischen Union
- deutscher Europapolitiker nach dem Ersten Weltkrieg
- Fremdwort für „Einigung“
- eines der Beitrittsländer von 2004
- wichtige Institution der EU
- Ort, nach dem die Strategie zur Erzielung der europäischen Spitzenstellung in der Weltwirtschaft benannt wurde
- finanzielle Zuwendungen, mit denen die EU die EU-Landwirte gegenüber Billiganbietern unterstützt
- dieses Erzeugnis war Gegenstand des ersten Vertrages, den die Gründerstaaten der EU 1951 abschlossen
- sie fielen 1957 fort, um den freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten der EWG zu ermöglichen
- auf seine Initiative ging 1951 der erste Vertrag zurück, durch den eine europäische Gemeinschaft geschaffen wurde
- eines der beiden Länder, von deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit die europäische Einigung besonders abhängig war
- einer der Politikbereiche im Rahmen des EU-Vertrages

1.	E	U	R	O	P	A	R	A	T											
2.	M	A	R	S	H	A	L	L												
3.	M	A	A	S	T	R	I	C	H	T										
4.	S	T	R	E	S	E	M	A	N	N										
5.	I	N	T	E	G	R	A	T	I	O	N									
6.	S	L	O	W	E	N	I	E	N											
7.	M	I	N	I	S	T	E	R	R	A	T									
8.	L	I	S	S	A	B	O	N												
9.	S	U	B	V	E	N	T	I	O	N	E	N								
10.	K	O	H	L	E															
11.	Z	O	L	L	S	C	H	R	A	N	K	E	N							
12.	S	C	H	U	M	A	N													
13.	F	R	A	N	K	R	E	I	C	H										
14.	J	U	G	E	N	D														

Lösung: O S T E R W E I T E R U N G



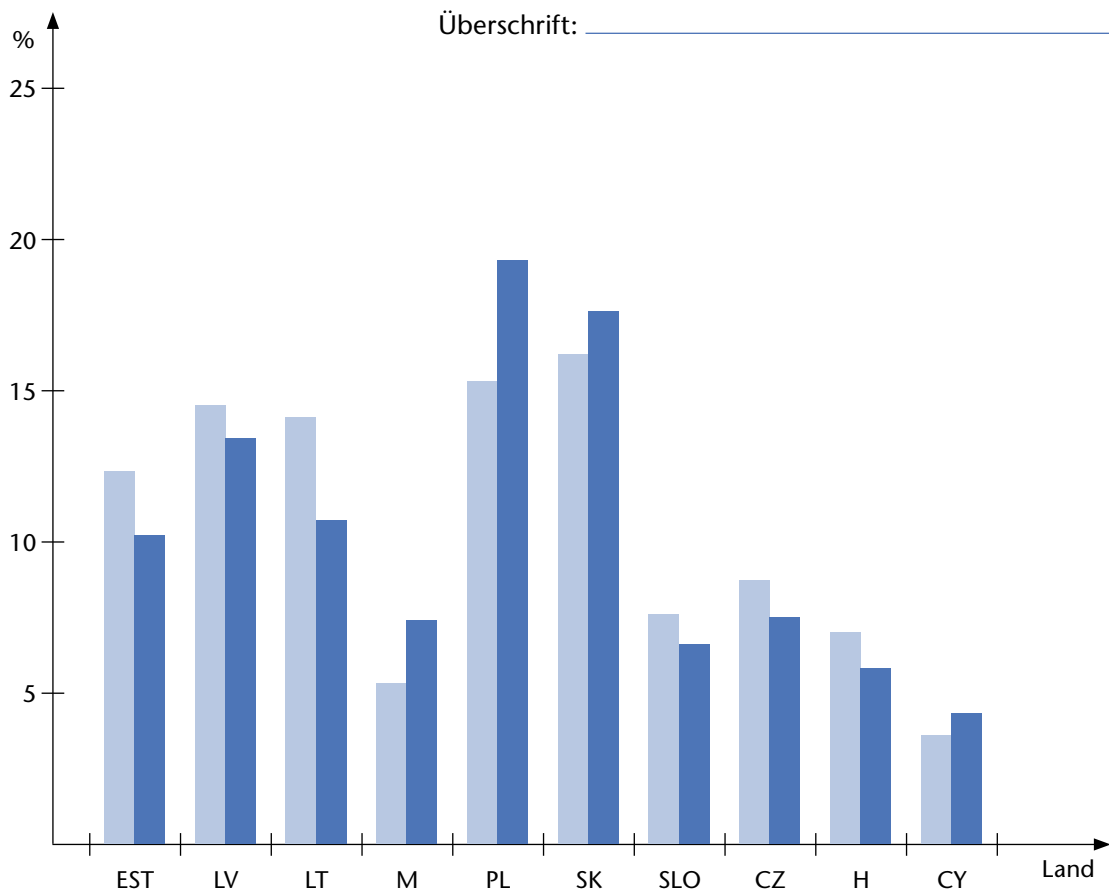
EU-Wirtschaftszahlen anschaulich dargestellt

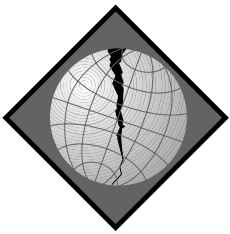
Arbeitslosenzahlen der zehn neuen EU-Länder vor ihrem Beitritt 2004

	1999	2003
Estland	12,3 %	10,2 %
Lettland	14,5 %	13,4 %
Litauen	14,1 %	10,7 %
Malta	5,3 %	7,4 %
Polen	15,3 %	19,3 %
Slowakische Republik	16,2 %	17,6 %
Slowenien	7,6 %	6,6 %
Tschechische Republik	8,7 %	7,5 %
Ungarn	7,0 %	5,8 %
Zypern	3,6 %	4,3 %



Wandle die Tabelle in ein (Säulen-)Diagramm um, waagrecht die Länder, senkrecht die Prozentzahlen (1 % = 0,5 cm). Stelle die Prozentzahlen für jedes Land in zwei nebeneinander stehenden Säulen dar und färbe am Schluss die Säulen für 1999 und 2003 jeweils einheitlich mit unterschiedlichen Farben ein, damit die Entwicklung in den einzelnen Ländern anschaulich sichtbar wird.





Märtyrer-Kult der „ Hamas “

Im September 2000 setzte mit dem Beginn der „zweiten Intifada“, die auch „Al-Aksa-Intifada“ genannt wird, eine Spirale der Gewalt im Nahen Osten ein. Die Selbstmordattentate auf palästinensischer Seite lösen seitdem regelmäßig israelische Vergeltungsschläge aus. Der palästinensische Terror gegen israelische Militärposten wie Zivilisten wird von der radikal-islamischen „Hamas“ (arab. Abkürzung für „islamische Widerstandsbewegung“ und den „Al-Aksa-Brigaden“ gesteuert.



Lies beide Texte und beantworte anschließend folgende Fragen:

1. Gegen wen richtet sich der Hass bzw. Widerstand der Organisation „Hamas“?

Der Hass der „Hamas“ richtet sich gegen den Staat Israel, die Juden und ganz besonders gegen das israelische Militär als Besatzungsmacht im Westjordanland und in Gaza.

2. Mit welchen Mitteln führt „Hamas“ den Kampf gegen Israel?

Die „Hamas“ führt den Kampf gegen Israel mit Propaganda und Terror. Sie wirbt Selbstmordattentäter an, die sich zusammen mit israelischen Soldaten und Zivilisten in die Luft sprengen.

3. Welche Ziele verfolgen die Anhänger von „Hamas“? Unterscheide Nah- und Fernziele.

„Hamas“ will die israelische Armee zum Abzug aus den Autonomiegebieten zwingen und die israelischen Siedler im Westjordanland und in Gaza zur Aufgabe ihrer Dörfer bringen. Sie erkennt aber auch das Existenzrecht Israels nicht an. Insofern ist ihr Fernziel die vollständige Vernichtung des jüdischen Staates. Danach soll auf dem Boden des historischen Palästina ein Palästinenserstaat entstehen.

4. Wer ist aus der Sicht radikaler Islamisten ein „Märtyrer“?

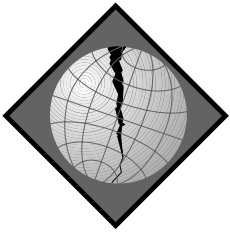
Für die radikalen Islamisten ist der Krieg gegen Israel ein heiliger Krieg, und jeder, der im Dschihad, dem heiligen Krieg, fällt, gilt als Märtyrer.

5. Warum ist die Mutter des Selbstmordattentäters Mahmoud stolz auf ihren Sohn?

In ihren Augen kämpft er für eine gerechte und „heilige“ Sache. Sein Terroranschlag trägt dazu bei, „das Land, das die Juden mit Gewalt geraubt haben, mit Gewalt zurückzuholen“. Die Auftraggeber des Mordes schenken der Mutter ein Gemälde, das Mahmoud als heroischen Kämpfer des Islam darstellt. Mahmouds Leben hat erst durch den Tod seine Bestimmung gefunden.

6. Wie wirken sich die Aktionen der „Hamas“ auf den Friedensprozess in Nahost aus?

Terror und Selbstmordattentate verschärfen den Konflikt.



Bewohner des Südens und des Nordens



1. Liste stichwortartig die Argumente „des Nordens“ und die Argumente „des Südens“ auf.

Argumente „des Nordens“:

- Rodung durch Feuer, falsche Bodennutzung und hoher Bevölkerungsanstieg rächen sich nun.
- Desertifikation treibt ehemalige Bauern als Umweltflüchtlinge in die Städte.
- Die Verschmutzung der Gewässer verursacht Epidemien.
- Die Kleinbauern vernichten durch Brandrodung tropischer Wälder das genetische Potenzial, auf das die Menschheit zukünftig angewiesen ist.
- Um das Weltklima im Gleichgewicht zu halten und den Treibhauseffekt zu bremsen, müssen die tropischen Wälder erhalten bleiben.
- Der Standard „des Nordens“ kann nicht auf die ständig wachsende Mehrheit „im Süden“ übertragen werden, weil sonst die Belastungsgrenzen der Umwelt in kürzester Zeit überschritten würden.
- Wir sitzen alle in einem Boot und können ohne die Mithilfe der anderen nicht überleben.

Argumente „des Südens“:

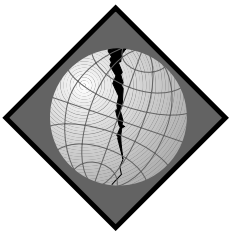
- „Der Norden“ hat seit Jahrhunderten die Güter der Erde für sich beansprucht und die Umwelt dabei ausgeplündert und zerstört.
- Die Menschen „des Nordens“ machen nur ein Fünftel der Erdbevölkerung aus, verbrauchen aber drei Viertel aller Bodenschätze und Nahrungsmittel.
- Unsere Ressourcen sind keine gemeinsamen Güter der Menschheit, sie gehören uns, und wir wollen sie nutzen, um aus unserer Armut herauszukommen.
- Wir brauchen zuerst Entwicklung, dann erst Umweltschutz.
- Zur Schonung der Umwelt wollt ihr uns einen einfachen Lebensstil aufzwingen, damit ihr die Weltressourcen weiterhin zur Produktion von Luxusgütern nutzen könnt.
- Ihr sprecht von einem gemeinsamen Boot, in dem wir angeblich alle sitzen, doch ihr habt nur euren Vorteil im Auge.

2. Schreibe einen Leserbrief zu einer der beiden Positionen. Dabei kannst du dich den Argumenten anschließen oder gegen sie Stellung beziehen.

individuell

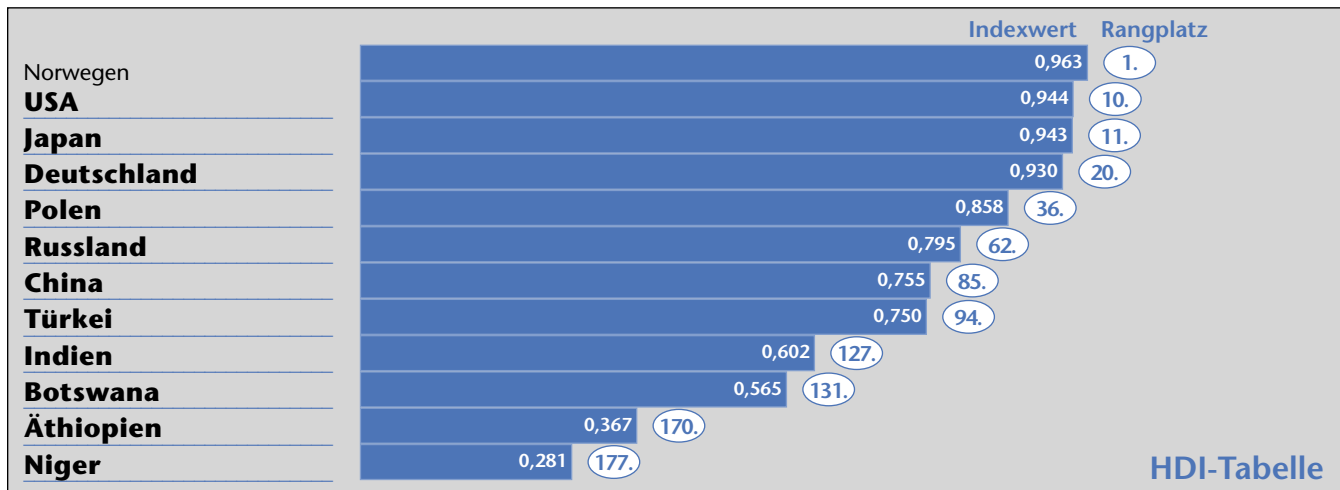
3. Führt eine Pro-Kontra-Diskussion zu dem Thema. Dazu solltet ihr folgende Sitzordnung aufbauen: Schiebt die Tische an die Wände und stellt die Stühle im Verhältnis 1:4 an gegenüberliegenden Seiten auf. Ihr verteilt euch genau umgekehrt, ebenfalls 1:4. Die Stühle sollen die Ressourcen der Erde darstellen, sie werden zu etwa 75 bis 80% von den Industriestaaten (= „Norden“) beansprucht. Etwa 75 bis 80% der Erdbevölkerung lebt dagegen in Entwicklungsländern (= „Süden“). Die „Partei“ des Südens ist also wie bei der Erdbevölkerung etwa vier Mal so groß.

individuell



HDI – Maßstab für menschliche Entwicklung

Um Aussagen über den Entwicklungsstand eines Landes machen zu können, ist es hilfreich, einen Blick auf den HDI (Human Development Index), also den Index für menschliche Entwicklung, zu werfen. Der HDI ist ein Zahlenwert zwischen 0 und 1, der sich aus drei Teilbereichen errechnet: der Lebenserwartung, dem Bildungsniveau und dem Durchschnittseinkommen der Einwohner eines Landes. Als hoch entwickelte Länder gelten alle Staaten mit einem Wert über 0,8; Staaten mit einem Wert zwischen 0,5 und 0,8 fallen in die mittlere Gruppe; Länder mit einem Ergebnis unter 0,5 gelten als gering entwickelt.



1. Erkläre, was der HDI misst: allgemein, im Einzelnen (Q1).

Der HDI misst den Grad der menschlichen Entwicklung in fast allen Ländern der Erde. Der Index erfasst jedes Land auf einer Skala von 0 bis 1.

In die Bewertung fließen zu je einem Drittel ein: die Lebenserwartung, das Bildungsniveau und das Pro-Kopf-Einkommen des Landes.

2. Welchen durchschnittlichen HDI-Wert haben Industriestaaten? (Q2) Welchen Durchschnittswert erreichen die am wenigsten entwickelten Länder? In welcher Region liegen sie vor allem?

Der Mittelwert der Industriestaaten liegt bei etwa 0.91 Indexpunkten; die am wenigsten entwickelten Länder haben durchschnittliche Indexwerte von 0.52. Sie liegen vor allem in Afrika südlich der Sahara.

3. Ordne die Länder mit ihren Index-Werten (Q3) in der HDI-Tabelle in der richtigen Reihenfolge. Ergänze dabei das Balkendiagramm.

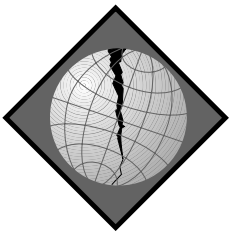
Norwegen 0,963; USA 0,944; Japan 0,943; Deutschland 0,920; Polen 0,858; Russland 0,795; China 0,755; Türkei 0,750; Indien 0,602; Botswana 0,565; Äthiopien 0,367; Niger 0,281

4. Wo befindet sich Deutschland im Vergleich der Industriestaaten? (Q2, Q3)

Deutschland belegt innerhalb der Industriestaaten einen Wert knapp über dem Durchschnitt.

5. Kritiker des HDI bemängeln, dass wesentliche Informationen über den Entwicklungsstand eines Landes im Index nicht berücksichtigt seien. Überlege, welche das sein könnten.

Beispielsweise fehlen Angaben über die gesellschaftlich-politische Struktur, etwa den Grad der Demokratisierung.



Botswana – ein bedrohtes Land in Südafrika



Botswana ist einer der weniger bekannten Staaten im südlichen Afrika. Eingebettet zwischen Namibia, Südafrika und Simbabwe nehmen die Trocken- und Dornstrauchsavanne der Kalahari den größten Teil der Staatsfläche ein. Die ehemalige britische Kolonie mit seiner Hauptstadt Gaborone ist seit 1966 unabhängig.

Kaum eine andere Volkswirtschaft weist seit über drei Jahrzehnten ein beständigeres und höheres Wachstum auf. Einem Bericht des Schweizer Weltwirtschaftsforums zufolge besitzt Botswana auch zukünftig die besten Entwicklungschancen des afrikanischen Kontinents. An der Grenze zum instabilen Nachbarstaat Simbabwe wurde 2004 ein 500 Kilometer langer Zaun errichtet – offiziell um Vieh davon abzuhalten, über die Grenze zu wechseln. In den vergangenen Jahren ist die Maul- und Klauenseuche tatsächlich zweimal eingeschleppt worden. Mehr noch will man aber Zehntausende von Armutsflüchtlingen abwehren, die Monat für Monat illegal über die Grenze wechseln.

Q1 Ein Zeitungsbericht informiert über den afrikanischen Staat Botswana:

Bei seiner Unabhängigkeit vor 38 Jahren gehörte der 1,7 Millionen Einwohner zählende Staat von der Größe Frankreichs zu den ärmsten Nationen der Welt: Heute ist Botswana auf der UN-Entwicklungsskala der Spitzenreiter Afrikas. Ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von jährlich neun Prozent [...] katapultierte den Halbwüstenstaat im Volkseinkommen in die Kategorie der obersten Mittelklasse: Botswana ist heute der größte Diamanten-Produzent der Welt und der größte Rindfleischlieferant der EU.

Botswana gilt wegen seiner Haushaltspolitik als vorbildlich: Der Staat hat praktisch keine Schulden, ein Drittel des Budgets wurde bislang für die Bildung seiner Bürger ausgegeben, kürzlich kürte Transparency International den Hort afrikanischer Saubermänner zum wenig korruptesten Staat des Kontinents. [...]

Doch hinter den Spiegelglaspalästen türmen sich Gewitterwolken auf. Zunächst beunruhigte die Botswaner, dass ihr Reichtum fast ausschließlich einer Laune der Natur, den am Rand der Wüste Kalahari gefundenen Diamanten, zu verdanken ist: ein Drittel des gesamten Bruttosozialproduktes wird mit dem Export des zu glitzernden Kristallen erhitzten und gepressten Kohlenstoffes erwirtschaftet. Eine derartige Abhängigkeit von nur einem (noch dazu unverarbeitetem) Wirtschaftsgut ist immer problematisch, vor allem, wenn dieser Industriezweig nicht einmal Arbeitsplätze schafft. [...] Fast 20 Prozent der Botswaner sind arbeitslos.

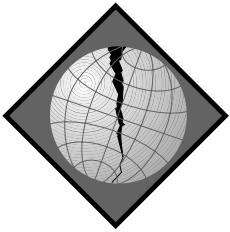
Festus Mogae [Staatspräsident von Botswana], einst selbst bei der Weltbank tätig, weiß um die Schwäche seines Musterstaats und hat deshalb ein Programm zur Diversifizierung [Ausweitung] der Wirtschaft ins Leben gerufen. [...] Botswana hat tatsächlich alles, was für eine moderne Dienstleistungsgesellschaft nötig ist: Beste technologische Infrastruktur (alle Städte des Landes sind bereits mit Glasfaserkabel verbunden), ein stabiles politisches Klima und hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte (fast jeder zwölfte junge Botswaner schließt seine Ausbildung mit einem Universitätsdiplom ab).

So weit so gut. Und jetzt die Hiobsbotschaft, die alles zunichte zu machen droht: Mit 38 Prozent der erwachsenen Bevölkerung hat Botswana eine der höchsten HIV-Infektionsraten der Welt: Ausgerechnet jener Schatz bestens ausgebildeter Landeskinder, in die eine vorbildliche Regierung ihr ganzes Vermögen investierte, droht von dem Virus vernichtet zu werden. [...]

Zunächst schaute auch die botswanische Regierung der um sich greifenden Pandemie [Seuche] so tatenlos zu wie die Staatschefs und Minister in den Nachbarstaaten. [...] Doch wieder einmal rang sich die botswanische Regierung zu einem Schritt durch, zu dem kein anderer afrikanischer Staat in der Lage war. Als erster Präsident des Kontinents ließ sich Festus Mogae öffentlich testen, um seinen Landsleuten als gutes Beispiel voranzugehen, während seine Regierung gleichzeitig beschloss, allen in Frage kommenden Infizierten in Botswana [...] Medikamente zu finanzieren. Die flächendeckende Versorgung ist zwar noch lange nicht perfekt. Doch wo die Pillen wie im Krankenhaus der Provinzstadt Serowe bereits ausgegeben werden, kommt wieder Hoffnung auf. [...]

Mogae ist überzeugt davon, dass mit der Ausgabe [der] Medikamente die richtige Marschroute eingeschlagen wurde: „Am Ziel sind wir damit allerdings noch lange nicht.“ [...]

Johannes Dieterich, „Afrikanischer Edelstein“, in: Frankfurter Rundschau vom 30. Oktober 2004



Botswana – ein bedrohtes Land in Südafrika



Lies den Einleitungstext sowie Q1 und bearbeite die folgenden Aufgaben:

1. Fülle den Steckbrief aus. Du kannst auch ein Lexikon hinzuziehen.
2. Wo liegt der Staat Boswana? Mit welchem europäischem Land ist seine Staatsfläche (581.730 km²) vergleichbar? Berechne die Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer. Aus welchen natürlichen Bedingungen kann man die niedrige Einwohnerzahl erklären?

Botswana liegt im südlichen Afrika; das Land grenzt im Westen und Norden an Namibia, im Süden an Südafrika und im Osten an Simbabwe. Seine Staatsfläche ist mit der Frankreichs vergleichbar. Auf einem Quadratkilometer leben durchschnittlich drei Menschen. Die dünne Besiedlung erklärt sich aus der Landesnatur: In der Trocken- und Dornstrauchsavanne ist nur eine extensive Landnutzung möglich, z. B. durch Weidewirtschaft wandernder Herden. Diese traditionelle Wirtschaftsweise ernährt nur wenige Menschen.

3. Welche positiven Aussagen zur Wirtschaftsentwicklung Botswanas enthält der Text? Unterstreiche mit grün.

s. Q1, Seite 37

4. Inwiefern hat die Politik in Botswana das wirtschaftliche Wachstum gefördert?

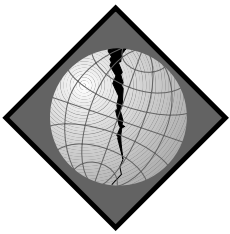
Das Land wird politisch stabil regiert, hat praktisch keine Schulden und investiert ein Drittel seines Budgets in die Bildung, so dass der Wirtschaft hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die Infrastruktur der Städte ist selbst für eine moderne Dienstleistungsgesellschaft geeignet (mit Glasfaser verkabelt). Außerdem ist Botswana der am wenigsten korrupte Staat Afrikas.

5. Worin liegen die Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung Botswanas? Unterstreiche mit rot.

s. Q1, Seite 37

6. Warum ist das Verhalten der Regierung im Kampf gegen Aids beispielhaft?

Die Regierung finanziert die Medikamente für die Aids-Behandlung. Das Beispiel eines Präsidenten, der sich öffentlich testen lässt, schafft Problembewusstsein in der afrikanischen Bevölkerung und legt damit den Grundstein für eine wirkungsvolle Prävention.



Islamistischer Terrorismus

Seit den Anschlägen auf das New Yorker World Trade Center im September 2001 verbreitet die islamistische Terrororganisation Al-Qaida Angst und Schrecken in der westlichen Welt. Mit Bombenattentaten und Selbstmordanschlägen kämpfen die radikalen Islamisten um ihren Chef Osama Bin Laden gegen Werte und Symbole der westlichen Kultur. Insbesondere die USA und deren Verbündete sind im Visier des Terrornetzwerks.

Q1 In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ äußerte sich der französische Philosoph Levy im Jahr 2001 zum Amerika-Bild der islamischen Welt:

Warum ist der Hass auf Amerika in der islamischen Welt so groß?

Für Muslime ist Amerika der Sündenbock. Sie leiden unter dem allmählichen Niedergang, der ihre Welt seit Jahrhunderten heimsucht. Die verlorene Größe, die abgebrochene Aufklärung, die Schmach des Kolonialismus wirken nach wie eine permanente Demütigung des Orients durch das Abendland. Die Amerikaner waren im Nahen Osten nie Kolonialmacht, aber sie werden wie der Inbegriff der Verwestlichung gesehen, also wie ein Götze.

Und als Schutzmacht des Staates Israel (...)

Das ist ein Alibi. Israel und die Amerikaner haben nicht viel zur arabischen Demütigung beigetragen. Sie dienen als Ersatz für das Unvermögen, das eigene Unglück zu erklären und die eigene Verantwortung zu erkennen. Viele Araber leben in einer magischen Welt mit einer diabolischen Kausalität [= teuflischen Logik], in der die USA und Israel ungefähr das Gleiche sind: der große und der kleine Satan. (...)

DER SPIEGEL, Nr. 49 vom 3. Dezember 2001, S. 209f.

Q2 Eine Pressemeldung aus dem Jahr 2005 berichtet über die Botschaft eines hochrangigen Al-Qaida-Führers:

Vier Wochen nach den tödlichen Attentaten von London hat der stellvertretende Al-Qaida-Chef Ajman al Sawahri mit weiteren Anschlägen in der britischen Hauptstadt gedroht. Die Verantwortung für den Terror wies al Sawahri in einer Videobotschaft dem britischen Premierminister Tony Blair zu. „Blair hat euch Zerstörung in der Innenstadt von London gebracht, und er wird mehr davon bringen, so Gott will“, sagte er in dem vom Fernsehsender Al Dschasira ausgestrahlten Video. Indirekt drohte Al Sawahri allen westlichen Staaten mit Anschlägen, die Truppen in islamischen Staaten stationiert haben. „Was die Staaten der Kreuzfahrer-Allianz angeht, wir haben Euch einen Waffenstillstand angeboten, falls ihr das Gebiet des Islams verlasst“, sagte der Stellvertreter von Al-Qaida-Chef Osama bin Laden. „Unsere Botschaft ist klar: Ihr werdet nicht sicher sein, bis ihr euch von unserem Boden zurückzieht, aufhört, unser Öl und unsere Reichtümer zu stehlen und aufhört, die korrupten Herrscher zu unterstützen.“ Den USA drohte er, wenn sie ihre Truppen nicht aus dem Irak zurückzögen, werde es dort Zehntausende Tote geben. [...]

AP 4. August 2005, News: Politik



Lies die Texte und beantworte folgende Fragen:

1. Wofür machen radikale Islamisten die westliche Welt verantwortlich?

Für den Niedergang der islamischen Welt seit Jahrhunderten, für verlorene Größe und die Schmach des Kolonialismus, für das Unvermögen die eigene Verantwortung wahrzunehmen.

2. Wie sehen sie die USA?

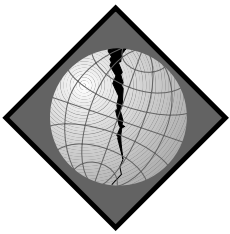
Obwohl die USA im Nahen Osten nie Kolonialmacht waren, werden sie für alle Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht. Viele Araber setzen sie mit dem Satan gleich.

3. An welche geschichtliche Erfahrung knüpfen Begriffe wie „Kreuzfahrer-Allianz“ an?

Sie knüpfen an die erste Konfrontation mit dem Westen während der Kreuzzüge im Mittelalter an.

4. Was will die Karikatur aussagen?

Die Anschläge des 11. September 2001 haben das World Trade Center zerstört und das Pentagon beschädigt. Nichts in der westlichen Welt wird vor dem Hass islamistischer Terroristen sicher sein, selbst Atomkraftwerke nicht.



Die UNO stellt sich vor

Kurzinfo

Vereinte Nationen, kurz UNO, Gründung 1945 von 50 Staaten in San Francisco, Hauptsitz New York, gegenwärtig 191 Mitgliedsstaaten.

Ziele: Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, friedliche Beilegung von Konflikten; Wahrung der Menschenrechte, auch der Rechte für Kinder; Verbesserung der Lebensbedingungen; Schutz der Kulturdenkmäler.

Organe: Vollversammlung – tagt mindestens einmal im Jahr; Sicherheitsrat – fünf ständige Mitglieder mit Veto-Recht (China, Frankreich, Großbritannien, Russland, USA) und zehn nicht ständige Mitglieder, die für zwei Jahre gewählt werden.

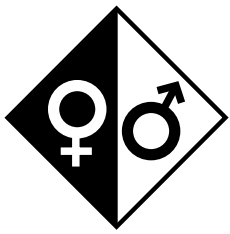
Generalsekretär: wird von der Vollversammlung für fünf Jahre gewählt, leitet das Sekretariat.

Befugnisse der UNO: Entsendung von Friedenstruppen in Krisengebiete mit Zustimmung der streitenden Parteien; Zwangsmaßnahmen gegen Friedensbrecher (bspw. Wirtschaftsblockade).



Stimmen diese Aussagen über die UNO? Kreuze sie mit „stimmt“ oder „stimmt nicht“ an.
Schreibe gegebenenfalls die richtige Aussage dazu.

	stimmt	stimmt nicht
Sitz der UNO ist <u>Genf.</u> (New York)		X
Die Vollversammlung der UNO findet <u>einmal in jedem Monat</u> statt. (mindestens einmal im Jahr)		X
UN-Soldaten erkennt man an ihren <u>grünen</u> Helmen. (blauen)		X
Die UNO leistet humanitäre Hilfe.	X	
Höchstes Gremium der UNO ist der <u>Sicherheitsrat.</u> (Vollversammlung)		X
Dem Sicherheitsrat gehören <u>nur die drei Weltmächte USA, China und Russland</u> an. (5 ständige Mitglieder + 10 nicht ständige Mitglieder)		X
Die Bundeswehr beteiligt sich seit 1992 an UN-Einsätzen.	X	
In ihrem Emblem fordert die UNO den <u>Umweltschutz im Zeichen des blauen Engels.</u> (Emblem zeigt eine Weltkarte)		X
UN-Truppen dürfen <u>jederzeit</u> in jedem Staat der Welt eingreifen, um die Ordnung wiederherzustellen. (nur nach Beschluss des Sicherheitsrates)		X
Der UN-Sicherheitsrat muss den Einsatz von UN-Soldaten beschließen.	X	
Die UNICEF ist die Kinderhilfsorganisation der UNO.	X	

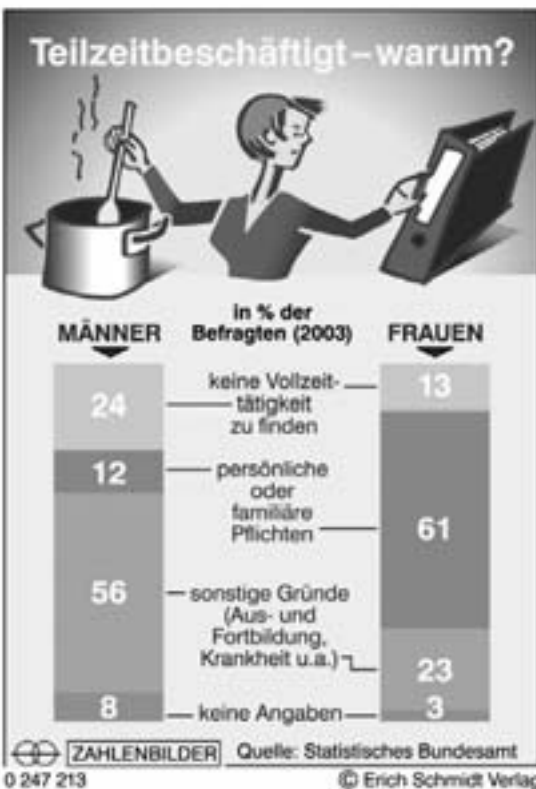


Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?



D1 Verdienste von Frauen und Männern.

Hauptgrund für diese Differenz ist die unterschiedliche Einstufung je nach Qualifikation. 40 Prozent der männlichen Angestellten waren in der Leistungsgruppe II eingestuft – aber lediglich 15 Prozent der weiblichen Angestellten. Diese Leistungsgruppe setzt besondere Erfahrungen voraus und umfasst verantwortungsvolle Tätigkeiten. Bei den Arbeitern waren 60 Prozent der Männer als Fachkräfte eingruppiert, aber nur 13 Prozent der Frauen.



D2 Männer und Frauen in Teilzeit.



- Erläutere mit eigenen Worten die Verdienstsituation von Frauen im Vergleich zu Männern (D1).
 – **Auch bei gleichem Beruf verdienen Frauen meist weniger als Männer.**
 – **Lediglich in wenigen Ausnahmen (Maurer, Postverteiler) sind Frauen die Besserverdienenden.**
- Ermittle die Gründe für die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern. Beziehe D2 in deine Argumente ein.
 – **Frauen üben häufig weniger qualifizierte Tätigkeiten in bestimmten Berufssparten aus.**
 – **Frauen haben häufiger – u. a. wegen Teilzeitarbeit – weniger verantwortungsvolle Aufgabenbereiche.**



Was ist Armut?

Q1 Weltbank

Arm ist, wer weniger als einen US-Dollar am Tag zur Verfügung hat.

Absolute Armut

Q2 Europäische Union

Arm ist, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens im jeweiligen Land zur Verfügung hat.

Relative Armut

Q3 Sozialgesetzbuch (Deutschland)

Hilfe zum Lebensunterhalt [...] ist Personen zu leisten, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, insbesondere aus Ihrem Einkommen und Vermögen, beschaffen können. [...] Der notwendige Lebensunterhalt umfasst insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Zu den persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens gehören in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben.

Absolute/Relative Armut

Q4 UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)

Folgende Merkmale bezeichnen den Anteil der Armen in einer Industriegesellschaft:

- Weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens
- Lebenserwartung von unter 60 Jahren
- Länger als ein Jahr ohne Arbeit
- Schwierigkeiten beim Lesen einfacher Alltags-texte („funktionaler Analphabetismus“)

Absolute/Relative Armut



1. Führt eine Umfrage zum Thema Armut durch. Geht bei diesem Thema behutsam vor, z.B. indem ihr die Personen den Fragebogen selbst ankreuzen lasst.
2. Diskutiert, wann eurer Einschätzung nach die/der Befragte als „arm“ eingestuft werden sollte.
3. Vergleiche die „offiziellen“ Definitionen von Armut (Q1–Q4). Schreibe jeweils dazu, ob von absoluter oder relativer Armut die Rede ist. Begründe, wo und warum eine Zuordnung schwierig ist.

Eindeutige Zuordnung schwierig bei...

- **Q3: Der „notwendige Lebensunterhalt“ umfasst sowohl überlebensnotwendige Bereiche wie Ernährung, Kleidung und Heizung (= absolute Armut) als auch Bedürfnisse und Güter, die am durchschnittlichen Lebensstandard in Deutschland gemessen werden, z.B. Körperpflege, Beziehungen zur Umwelt, kulturelles Leben (= relative Armut).**
- **Q4: Auch hier sind die Definitionen von relativer Armut (weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens, länger als ein Jahr ohne Arbeit) und absoluter Armut (Lebenserwartung unter 60 Jahren) kombiniert.**

4. Schreibe auf, woran es wohl liegt, dass es unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, wer „arm“ ist.

- **unterschiedliche Lebensstandards und Bedürfnisse in verschiedenen Ländern**
- **unterschiedliche Perspektiven und Ziele der Organisationen: Weltbank (Wirtschaftsförderung in Entwicklungsländern), Europäische Union (Lebensstandard im europäischen Vergleich), Sozialgesetzbuch (Sozialleistungen in Deutschland), UNDP (internationale Hilfsorganisation)**



Einkommensverteilung in Deutschland

1. Stelle die Entwicklung der Einkommensanteile in einem Kurvendiagramm dar. Begründe, ob du die Verteilung für gerecht hältst.

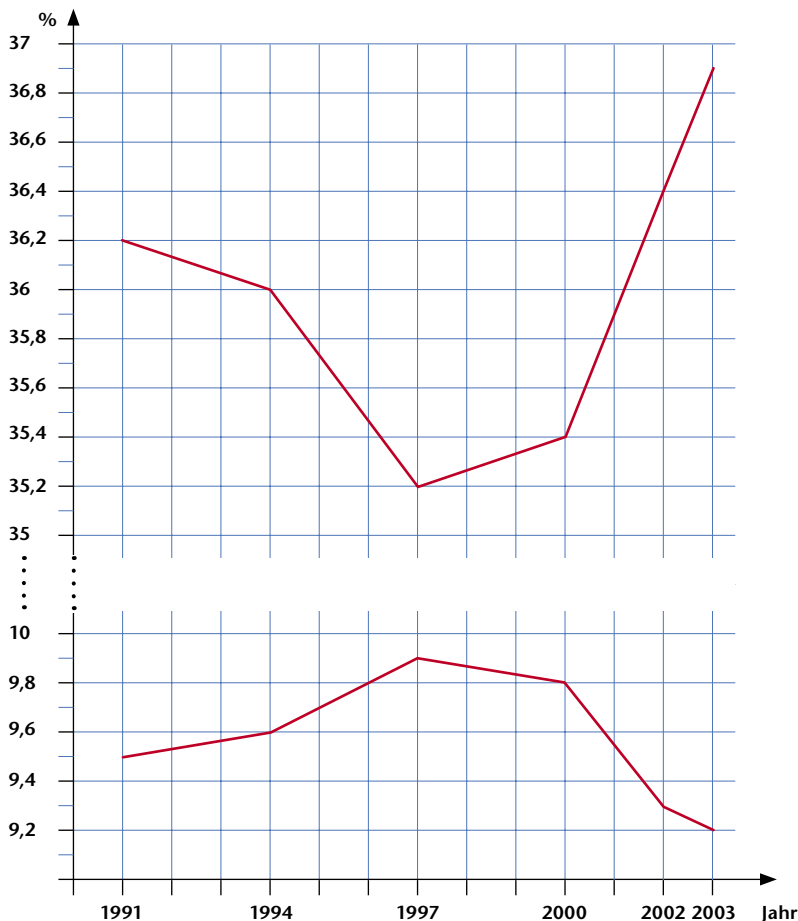
individuelle Antwort

D1 So ist das Einkommen in Deutschland zwischen Armen und Reichen verteilt:

Im Jahr 1999 verfügten die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung über knapp zehn Prozent der gesamten monatlichen Einkommen. Die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung hatten demgegenüber etwa 35 Prozent der monatlichen Einkommen zur Verfügung.

Einkommensanteile	1991	1994	1997	2000	2002	2003
ärmste 20 % der Bevölkerung	9,5 %	9,6 %	9,9 %	9,8 %	9,3 %	9,2 %
reichste 20 % der Bevölkerung	36,2 %	36 %	35,2 %	35,4 %	36,4 %	36,9 %

nach: Statistisches Bundesamt (Hg.), Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004, S. 625f.



2. Wäre es gerechter, wenn alle das Gleiche verdienen würden? Nenne Argumente dafür und dagegen.

individuelle Antwort



Deutschland – ein Sozialstaat

Die Bundesrepublik Deutschland bezeichnet sich im Grundgesetz als Sozialstaat. Der Staat hat sich verpflichtet, in seiner Politik soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und soziale Teilhabe zu verwirklichen. Zur Umsetzung und Finanzierung dieser Ziele gelten drei Grundprinzipien:

Versicherungsprinzip

Leistungen erhält, wer als Pflichtversicherter Beiträge einbezahlt hat. Dieses Prinzip gilt für die gesetzliche Sozialversicherung. Die Leistungen werden aus den Beiträgen finanziert.

Fürsorgeprinzip

Leistungen erhält, wer in einer finanziellen Notlage steckt. Die Leistungen werden aus Steuermitteln finanziert. Dabei gilt der Grundsatz der Subsidiarität, d.h. staatliche Leistungen erhält nur, wer nicht in der Lage ist, die Belastungen aus dem eigenen Einkommen zu tragen.

Versorgungsprinzip

Leistungen erhält, wer besondere Leistungen oder Opfer für die Gemeinschaft erbringt. Die Leistungen werden aus Steuermitteln finanziert.

Ziele und Maßnahmen des Sozialstaats

	Ziel: Soziale Gerechtigkeit		Ziel: Soziale Sicherheit		Ziel: Soziale Teilhabe der Arbeitnehmer	
Maßnahmen	Familienpolitik	3, 4, 12	Schutz vor gesundheitlichen und wirtschaftlichen Risiken	1, 8, 11	Regelung der Arbeitsbeziehungen	13
	Steuerpolitik	5	Arbeitnehmerschutz	10	Soziale Selbstverwaltung	
	Bildungspolitik	7	Hilfe in finanziellen Notlagen	6	Sozialrecht, Arbeitsrecht	
	Vermögenspolitik	9	Hilfe für Behinderte			



- Der Staat versucht, mit verschiedenen sozialpolitischen Maßnahmen seine Ziele zu erreichen. Ordne die folgenden Maßnahmen den Zielen des Sozialstaates zu, indem du die Zahlen in die passenden Felder der Tabelle schreibst: Krankengeld (1) – Elterngeld (3) – Wohngeld (4) – höheres Einkommen = höhere Steuersätze (5) – Mietzuschuss (6) – Ausbildungsförderung (7) – gesetzliche Sozialversicherung (8) – Sozialwohnungen (9) – Kündigungsschutz (10) – Rente (11) – Kindergeld (12) – Streikrecht (13)
- Versuche, die Ziele des Sozialstaates den drei Grundprinzipien der Finanzierung zuzuordnen. Begründe, wo die Zuordnung auf Schwierigkeiten stößt.

Soziale Gerechtigkeit = Versorgungsprinzip

Soziale Sicherheit: Arbeitnehmerschutz, Hilfen in finanziellen Notlagen und für Behinderte = Fürsorgeprinzip; Schutz vor gesundheitlichen und wirtschaftlichen Risiken (gesetzliche Sozialversicherung) = Versicherungsprinzip;

Soziale Teilhabe der Arbeitnehmer = Versorgungsprinzip



Der Sozialstaat in der Krise?

Seit einigen Jahren stehen fast alle Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung vor Problemen. Grund dafür ist u. a. die Bevölkerungsentwicklung: Durch Fortschritte in der Medizin werden die Menschen immer älter. Gleichzeitig liegt die Geburtenrate bei derzeit 1,3 Kindern je Frau. Um die Bevölkerungszahl stabil zu halten, wären 2,1 Kinder notwendig.

	Rentenversicherung	Krankenversicherung	Pflegeversicherung
System bisher	<p>Generationenvertrag :</p> <p>Die Erwerbstätigen von heute finanzieren mit ihren Rentenbeiträgen den Lebensunterhalt der Rentner. Wenn sie selbst alt sind, wird ihre Rente von der nachfolgenden erwerbstätigen Generation finanziert.</p>	<p>Beitragshöhe richtet sich nach dem Einkommen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen je die Hälfte. Ehepartner ohne eigenes Einkommen und Kinder sind kostenlos mitversichert. Selbstständige und Arbeitnehmer mit hohem Einkommen sind nicht pfllichtversichert. Sie können sich privat versichern.</p>	<p>Die Pflegeversicherung ist genauso organisiert wie die Krankenversicherung. Einziger Unterschied: Der Beitragssatz wird nicht von den Pflegekas- sen, sondern vom Gesetzgeber festgelegt.</p>
Reformbedarf durch	<p>weniger Jüngere, mehr Rentner, das bedeutet: Beiträge der Erwerbstätigen reichen nicht zur Finanzierung</p>	<p>steigende Ausgaben durch die Bevölkerungsentwicklung und den medizinisch-technischen Fortschritt</p>	
Reformen/ Reform- vorschläge	<p>mehr eigene Vorsorge (z.T. staatlich gefördert)</p> <p>Renten steigen langsamer bzw. werden gekürzt.</p> <p>Renteneintrittsalter heraufsetzen</p>	<p>Patienten müssen Leistungen extra bezahlen (z. B. Praxisgebühr, Zahnersatz)</p> <p>Gesundheitsfond (Vorschlag): Die Beitragshöhe richtet sich nach dem Einkommen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen einen jeweils festgelegten Beitrag in einen Gesundheitsfonds. Daraus erhalten die Krankenkassen eine einheitliche Summe für jeden Versicherten und evtl. einen Zuschuss aus Steuermitteln. Für gesetzlich und privat Versicherte sollen die gleichen Regeln gelten.</p>	<p>höhere Beiträge für Kinderlose evtl. Teil der Beiträge für ein „privates Pflegekonto“ jedes Versicherten aufsparen</p>



1. Ergänze die Lücken mit den folgenden Begriffen:

Krankenkassen – Kinderlose – Rentner – pfllichtversichert – Zahnersatz – Generationenvertrag – medizinisch-technischen – privates Pflegekonto – Renteneintrittsalter – Beitragssatz

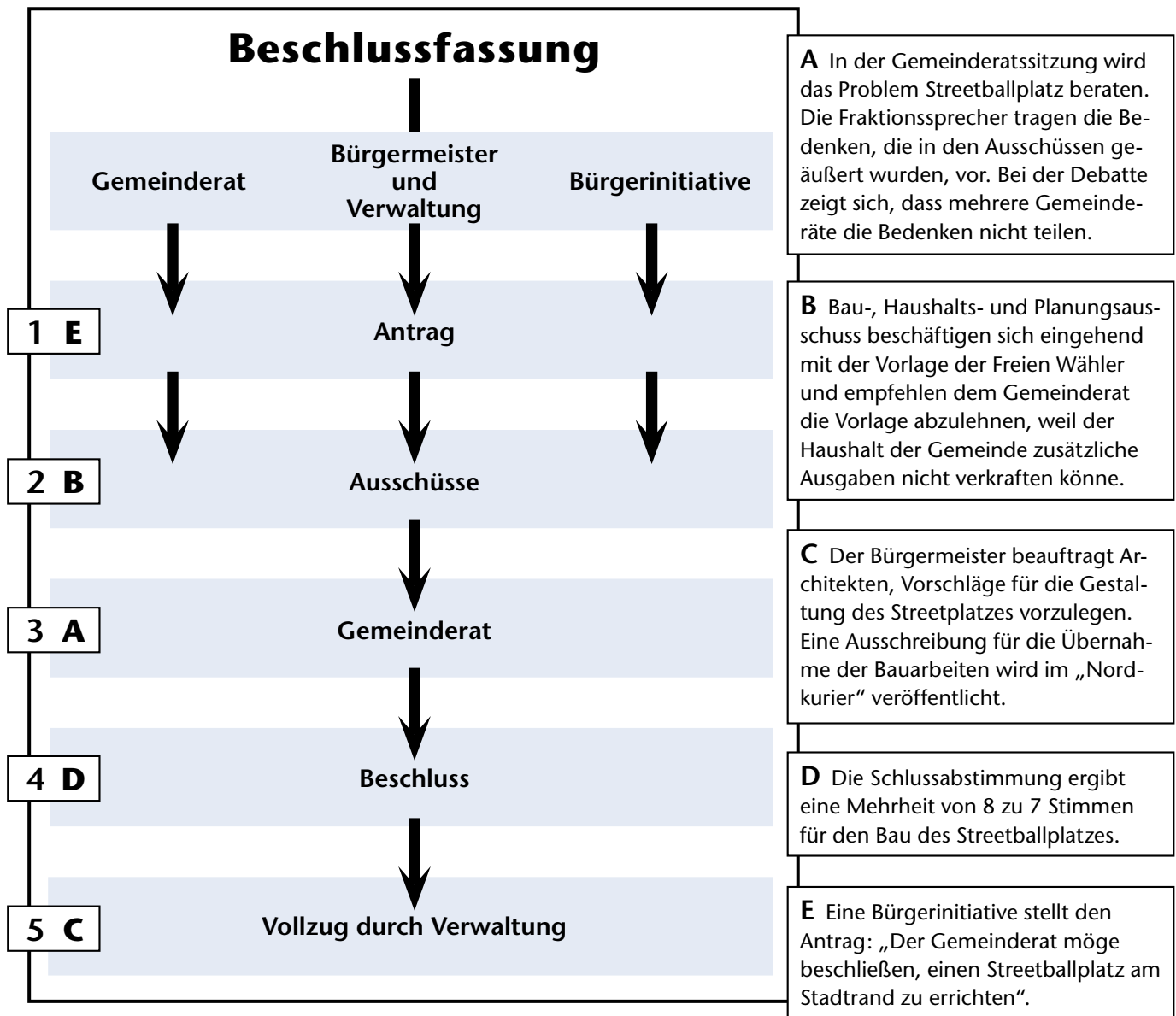
2. Erläutere mit eigenen Worten die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Kranken-, Renten-, und Pflegeversicherung.

individuelle Lösung



Ein Streetballplatz soll her – politische Mitwirkung vor Ort

Die Jugendlichen einer kleinen niedersächsischen Gemeinde wünschen sich seit langer Zeit einen Streetballplatz. Zwar gibt es in der Gemeinde mehrere Sporthallen und -plätze, doch dort spielen nur die Vereine. Aber nun scheint es endlich zu klappen: Der Gemeinderat will sich in seiner nächsten Sitzung mit dem Thema beschäftigen.



1. Ordne im Schaubild jeder Ziffer einen Buchstaben zu.
2. Formuliere die fett gedruckte Überschrift und die Hauptschlagzeilen eines Artikels, der am nächsten Tag in der örtlichen Zeitung erscheint:

individuelle Lösung



Wahlen zum Deutschen Bundestag



1. In Art. 38 Abs. 1 des Grundgesetzes werden fünf Wahlgrundsätze genannt: **gleich, frei, unmittelbar, allgemein, geheim**. Trage sie auf die zutreffenden Linien ein.

- A **allgemein** _____ : Alle dürfen wählen, Frauen und Männer, Professoren und Hilfsarbeiter, Arme und Reiche.
- B **unmittelbar** _____ : Die Kandidaten werden direkt in den Bundestag gewählt (nicht wie in den USA Wahlmänner).
- C **frei** _____ : Jeder darf selbst entscheiden, ob er zur Wahl geht und wen er wählen will.
- D **gleich** _____ : Die Stimme eines Bürgers, der viel Steuern zahlt, hat das gleiche Gewicht wie die Stimme desjenigen, der gar keine Steuern zahlt.
- E **geheim** _____ : Niemand darf bei seiner Stimmabgabe überwacht werden.

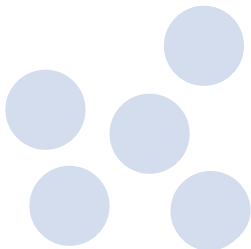
D1 Bei Bundestagswahlen darf jeder Wähler zwei Stimmen abgeben – die Erst- und die Zweitstimme:

Mit der Erststimme wählt man einen Wahlkreiskandidaten nach dem Mehrheitswahlsystem. Aus jedem Wahlkreis kommt der Kandidat ins Parlament, der die meisten Stimmen erhalten hat. Die anderen Stimmen werden nicht berücksichtigt.

Mit der Zweitstimme wählt man eine Partei nach dem Verhältniswahlsystem. Jede Partei erhält so viele Sitze im Parlament, wie ihr prozentualer Anteil an allen abgegebenen Wählerstimmen beträgt. Einzige Ausnahme: Parteien, die weniger als fünf Prozent der Stimmen erhalten haben, sind nicht im Parlament vertreten (Fünf-Prozent-Klausel).

2. Ergänze im Schaubild, welche Kandidaten bzw. Parteien nach den verschiedenen Wahlsystemen ins Parlament einziehen.

Relative Mehrheitswahl

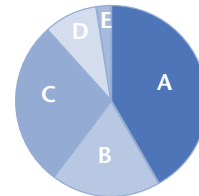


Die wahlberechtigte Bevölkerung wird in ungefähr gleichgroße Wahlkreise aufgeteilt. Die Zahl der Wahlkreise entspricht der Zahl der zu wählenden Abgeordneten.



Kandidat A
Kandidat B
Kandidat C
Kandidat D
Kandidat E

Jede Partei kann in jedem Wahlkreis einen Kandidaten aufstellen. Meist können sich auch unabhängige Kandidaten bewerben. Jeder Wähler hat eine Stimme.

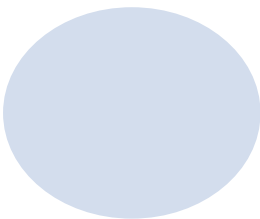


Wahlergebnis:

- A 18 000 Stimmen
- B 8 000 Stimmen
- C 12 000 Stimmen
- D 4 000 Stimmen
- E 1 000 Stimmen

Kandidat **A** ist gewählt. Die anderen Stimmen finden keine Berücksichtigung.

Verhältniswahl

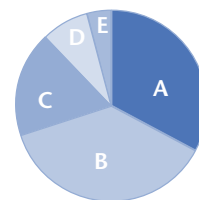


Gesamtes Wahlgebiet



Partei A
Partei B
Partei C
Partei D
Partei E

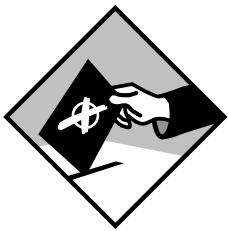
Parteien stellen Listen mit Kandidaten auf in der von den Parteideligierten gewünschten Reihenfolge.



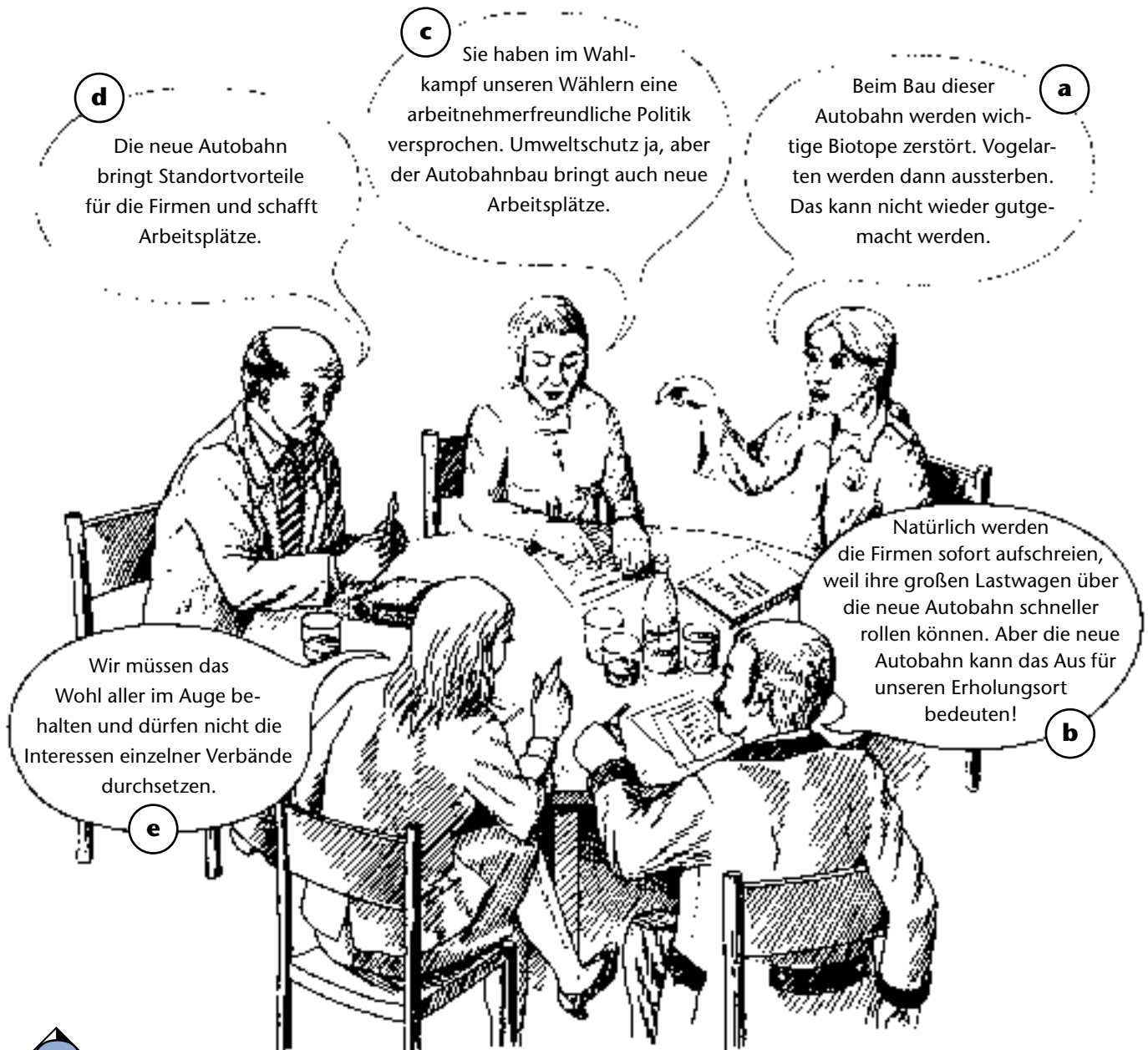
Wahlergebnis:

- Partei A 33%
- Partei B 37%
- Partei C 18%
- Partei D 8%
- Partei E 4%

Die Parteien **A**, **B**, **C** und **D** erhalten entsprechend der Wählerstimmen Sitze im Parlament. Partei **E** scheitert an der Fünf-Prozent-Klausel.



„Wir vertreten Ihr Interesse!“



1. Bei der Entscheidung für oder gegen den Bau der neuen Autobahn versuchen folgende Interessenverbände den Abgeordneten zu beeinflussen:
a) Umweltschutzgruppen, b) der Fremdenverkehrsverband, c) die Gewerkschaften, d) die Unternehmerverbände, e) Bürger der betroffenen Gemeinde.
Wer könnte welche Meinung vertreten? Schreibe die Buchstaben zu den richtigen Personen. Begründe deine Vermutungen.
2. In einigen Tagen findet eine Abstimmung über den Bundesverkehrswegeplan statt. Der Abgeordnete steht vor einer schweren Entscheidung. Wie würdest du entscheiden?
3. Beim Deutschen Bundestag sind über 1500 Interessenverbände registriert, darunter z. B. der ADAC, das Deutsche Rote Kreuz oder der Zentralverband des deutschen Handwerks. Alle versuchen sie, die Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Diskutiert, wie weit die Einflussnahme solcher Interessengruppen auf politische Entscheidungen gehen sollte.



Wie ein Gesetz entsteht

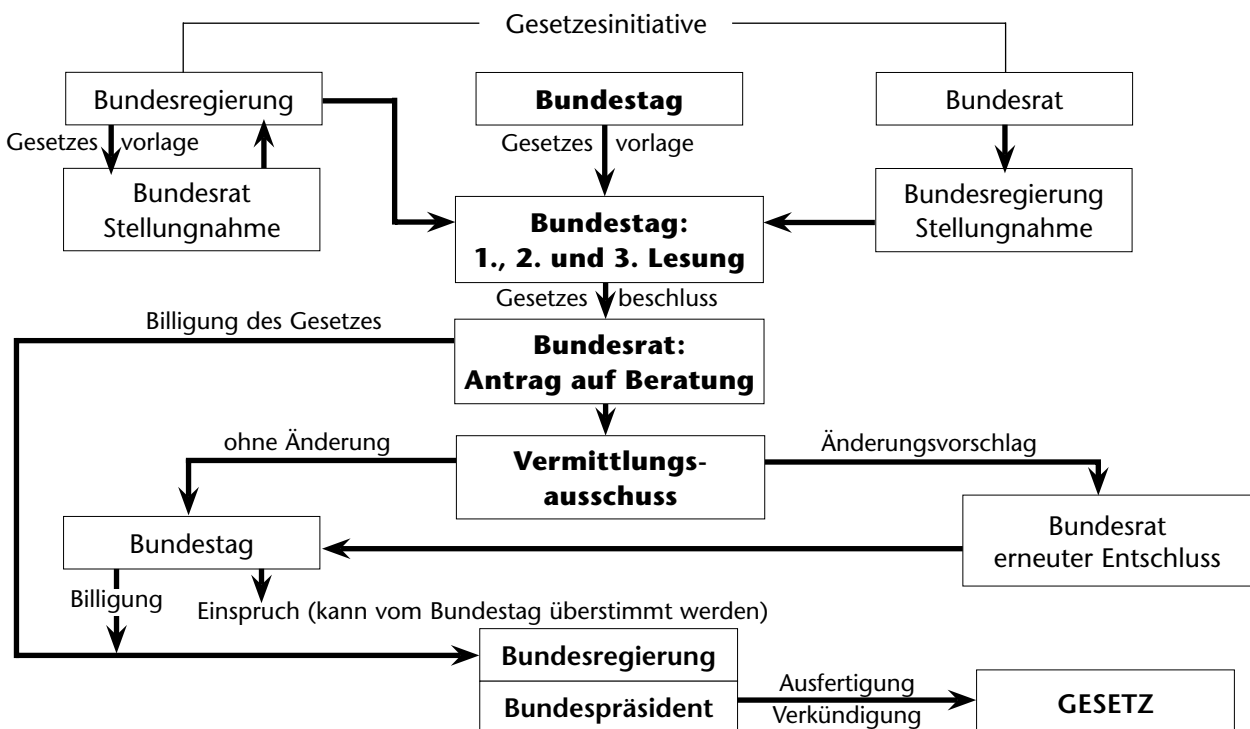


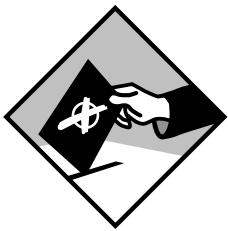
1. Lies dir den Text auf dem Arbeitsblatt durch.
2. Verfolge den Gang der Gesetzgebung in dem Schema. Kannst du die leeren Kästchen mit den folgenden Begriffen unten richtig füllen? **Vermittlungsausschuss – Bundesrat: Antrag auf Beratung – Bundestag – Bundestag: 1., 2. und 3. Lesung**
3. Versuche, mit deiner Banknachbarin/deinem Banknachbarn mit Hilfe des Textes ein eigenes Schema zu entwickeln und zeichne dein Ergebnis auf eine Folie. Stelle anschließend deinen Vorschlag zur Diskussion.
4. Diskutiert in einer Gruppe über die Frage, ob die Entstehung eines Gesetzes bei uns nicht unnötig kompliziert ist. Könnte man einzelne Teile nicht einfach weglassen? Braucht man etwa eine zweite und dritte Lesung? Nimm in der Gruppe zu diesen Fragen Stellung. Diskutiert anschließend mit den anderen Gruppen über eure Ideen.

Wie ein Gesetz entsteht

1. Die Regierung beschließt einen Gesetzentwurf.
2. Der Bundesrat berät über den Entwurf.
3. Der Entwurf geht mit Vorschlägen des Bundesrates und einer Stellungnahme der Regierung zur ersten Lesung in den Bundestag; weitere Beratung in den Ausschüssen.
4. Der Ausschuss hört Sachverständige und Verbandsvertreter; der Entwurf kann abgeändert werden. Das Parlament erhält eine Beschlussempfehlung.
5. Zweite Lesung: Einzelheiten werden diskutiert, Änderungsanträge der Opposition beraten.
6. Dritte Lesung: Reden von Spitzenpolitikern, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind; Schlussabstimmung.
7. Bei Zustimmung des Bundesrates wird das Gesetz unterzeichnet und veröffentlicht. Bei Einwänden kann der Bundestag den Bundesrat überstimmen (einfache Gesetze). Für Streitfälle gibt es den Vermittlungsausschuss aus Vertretern von Bundestag und Bundesrat.

Entstehung eines einfachen Bundesgesetzes





Politik im Bund – Kennst du dich aus?



Kreuze die richtige Antwort an:

1. Die Bundestagsabgeordneten

- wählen die Minister der Bundesregierung.
- wählen den Bundeskanzler und die Minister der Bundesregierung.
- wählen nur den Bundeskanzler.
- wählen weder den Bundeskanzler noch die Bundesminister.

2. Der Bundespräsident

- leitet die Sitzungen des Bundestags.
- wird vom Volk gewählt.
- ist Vorsitzender der Fraktionen des Bundestags.
- wird von der Bundesversammlung gewählt.

3. Beim Konstruktiven Misstrauensvotum

- wird dem Bundespräsidenten das Misstrauen ausgesprochen.
- hat der Bundestag die Möglichkeit, den Bundeskanzler abzuwählen.
- ruft der Bundestagspräsident einen Abgeordneten zur Ordnung.
- spricht die Regierung der Opposition das Misstrauen aus.

4. Als Petition bezeichnet man

- eine Anfrage eines Abgeordneten an die Bundesregierung.
- einen Aufruf, sich an Bundestagswahlen zu beteiligen.
- das Recht, sich mit einer Bitte oder Beschwerde an den Bundestag zu wenden.
- die Möglichkeit, mit einem Wahlkreisabgeordneten ein Gespräch zu führen.

5. Bundestagswahlen gibt es normalerweise

- alle 5 Jahre.
- nach einem konstruktiven Misstrauensvotum.
- alle 4 Jahre.
- wenn der Bundeskanzler Neuwahlen anordnet.

6. Die Bundesregierung

- besteht aus den vom Bundeskanzler berufenen Ministern.
- besteht aus den von den Fraktionen gewählten Ministern.
- besteht aus dem Bundeskanzler und seinen Ministern.
- besteht aus dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler.

7. Bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler

- eine Stimme für den Wahlkreiskandidaten.
- eine Stimme für die Partei.
- jeweils eine Stimme für den Wahlkreiskandidaten und für die Partei.
- jeweils eine Stimme für den Kanzler und für den Wahlkreisabgeordneten.

8. Der Bundestagspräsident

- wird von der Regierung bestellt.
- wird von der Bundesversammlung gewählt.
- leitet die Sitzungen des Bundesrats.
- leitet die Sitzungen des Bundestags.

9. Der Vermittlungsausschuss

- wird vom Bundeskanzler bestellt.
- wird vom Bundestag gewählt.
- wird von je 16 Mitgliedern des Bundestags und Bundesrats gebildet.
- wird von Arbeitgebern und Gewerkschaften einberufen.

10. Der Bundesrat

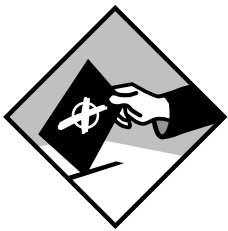
- besteht aus Abgeordneten der Länderparlamente.
- besteht aus Mitgliedern der Landesregierungen.
- besteht aus Mitgliedern der Bundesregierung.
- wird von den Abgeordneten des Bundestags gewählt.

11. Die Opposition

- ist diejenige politische Kraft, die der Parlamentsmehrheit widerspricht.
- besteht aus denjenigen Parteien, die zusammen die Regierung bilden.
- besteht aus den kleineren Parteien in einem Parlament.
- wird von den großen Parteien in einem Parlament gebildet.

12. Diäten nennt man

- die Schonkost für Abgeordnete, die schlanker werden wollen.
- die Fahrtkosten für Abgeordnete vom und zum Parlament.
- die finanzielle Entschädigung für Parlamentsabgeordnete.
- die finanzielle Entschädigung für Mitglieder der Regierung.



Direkte Demokratie – pro und kontra

Immer wieder wird in Deutschland darüber diskutiert, mehr Elemente direkter Demokratie einzuführen, also Volksbegehren oder Volksentscheide. Sollen Bürger also teilweise die Aufgaben der Abgeordneten übernehmen und selbst über Gesetze abstimmen?

Q1 Zwei Politikprofessoren zur direkten Demokratie:

Der wachsende Umfang und die Kompliziertheit der Staatsaufgaben in unserer Zeit lassen eine direkte Demokratie nicht mehr zu. Die Bürger können beispielsweise nicht sachkundig darüber entscheiden, ob diese oder jene konkrete wirtschafts- oder finanzpolitische Maßnahme in dieser oder jener Situation ergriffen werden soll. Fragen dieser Art machen jedoch den Alltag der modernen Politik aus. Sie können nur auf Grund genauer Sachkenntnis und umfassender Informationen entschieden werden. In der Regel gibt es bei ihnen auch nicht ein einfaches Ja oder Nein. Wenn alle Bürger für eine Sachentscheidung oder für ein Sachplebiszit zuständig sind, können sie immer nur das, was ihnen vorgelegt wird, bejahen oder verneinen. Die eigentliche Macht verschiebt sich dann auf denjenigen, der für die Formulierung der an das Volk zu stellenden Fragen zuständig ist und den Zugang zu den modernen Propagandamitteln und -methoden beherrscht.

W. Besson/G. Jasper, Das Leitbild der modernen Demokratie, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 300, Bonn 1990, S. 24.

Q2 Ein Zeitungsartikel aus dem Jahr 2005 über die Forderung nach mehr direkter Demokratie:

Im Parlamentarischen Rat hat Theodor Heuss seinerseits auf die Forderung, im Grundgesetz auch Volksabstimmungen zu verankern, mit dem erschreckten Ausruf „um Himmels willen“, reagiert. Seine politischen Nachfahren sehen es anders. Die frühere Justizministerin und bayerische FDP-Landeschefin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, hält die Bilanz kommunaler Bürgerbegehren, die vor zehn Jahren in Bayern gegen den Widerstand der CSU eingeführt wurden, für „beeindruckend“. In 1200 Bürgerentscheiden habe sich gezeigt, dass die Menschen „bewusst und sorgfältig“ mit diesem Instrument umgingen. (...) Für mehr Bürgerbeteiligung spricht sich auch die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) aus. „Es geht nicht darum, die direkte Demokratie abzuschaffen, sondern sie herauszufordern“, meint sie. Um in Volksabstimmungen zu bestehen, „müssten wir uns als Politiker verflücht anstrengen. Das brächte mehr Qualität“, glaubt Süßmuth. (...) Die Freiburger Politikwissenschaftlerin Gisela Riescher verweist auf die Schweiz: Volksherrschaft, werde dort traditionell auf verschiedene Weise praktiziert. Die Parteien spielten eine zurückgedrängte Rolle, weil sie nur eine von mehreren politischen Kräften seien. Stuttgarter Zeitung vom 14. Oktober 2005



1. Welche Argumente werden im Zeitungsartikel (Q2) genannt, die für eine Ausweitung der direkten Demokratie auch auf die Bundesebene sprechen?

positive Erfahrungen mit Bürgerentscheiden in Bayern (seit zehn Jahren): Menschen gehen „bewusst und sorgfältig“ damit um; Volksabstimmungen zwingen Politiker zu qualitativ guter Arbeit; Einbindung der Bürger beugt Politikverdrossenheit vor (Vorbild: Schweiz)

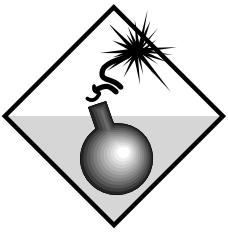
2. Warum sind die beiden Politikprofessoren (Q1) dagegen?

politische Fragen zu kompliziert, um als Bürger sachkundig darüber entscheiden zu können (z. B. Finanz- oder Wirtschaftspolitik); viele Fragen lassen sich nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten; eigentliche Macht liegt bei denen, die die Abstimmungsfrage formulieren und dafür in der Öffentlichkeit werben

3. Kreuze an, ob es sich im Folgenden jeweils um ein Argument für oder gegen „direkte Demokratie“ auf Bundesebene handelt.

	dafür	dagegen
a. Aktive gut organisierte Minderheiten können ihre Sonderinteressen durchsetzen. Ebenso kann es zur Missachtung von Interessen nicht durchsetzungsfähiger Mehrheiten kommen.	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
b. Der Manipulation wird Tür und Tor geöffnet. Macht fällt denjenigen zu, die Fragen geschickt formulieren können und Zugang zu den Medien haben.	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
c. Das repräsentative System wird durch direkte Bürgerbeteiligung nicht abgeschafft, sondern ergänzt. Der Bundestag bleibt der Ort politischer Auseinandersetzungen und Entscheidungen. Volksabstimmungen können jedoch das Parlament dazu zwingen, sich mit Themen zu befassen, die die Gesellschaft bewegen.	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
d. Der Missbrauch von Plebisziten kann dadurch ausgeschlossen werden, dass zu bestimmten Problemen – etwa Haushalt, Steuern, Außenpolitik – Volksbefragungen nicht zugelassen werden.	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>

Nach: Horst Pötzsch, Die deutsche Demokratie, Bonn 1999, S. 8



Extremismus – Gefahr für die Demokratie?



Rechtsextremismus

politische Einstellung, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Grundgesetzes stellt. Rechtsextremismus basiert auf Intoleranz und Vorurteilen. In besonderem Maße werden Ausländer und Minderheiten diskriminiert. Rechtsextreme streben eine totalitäre Herrschaftsform nach dem Prinzip des Führerstaates an.



Linksextremismus

Linksextremisten lehnen die im Grundgesetz festgelegten Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab. Sie wollen die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung stürzen. Sie bekämpfen außerdem privates Eigentum.

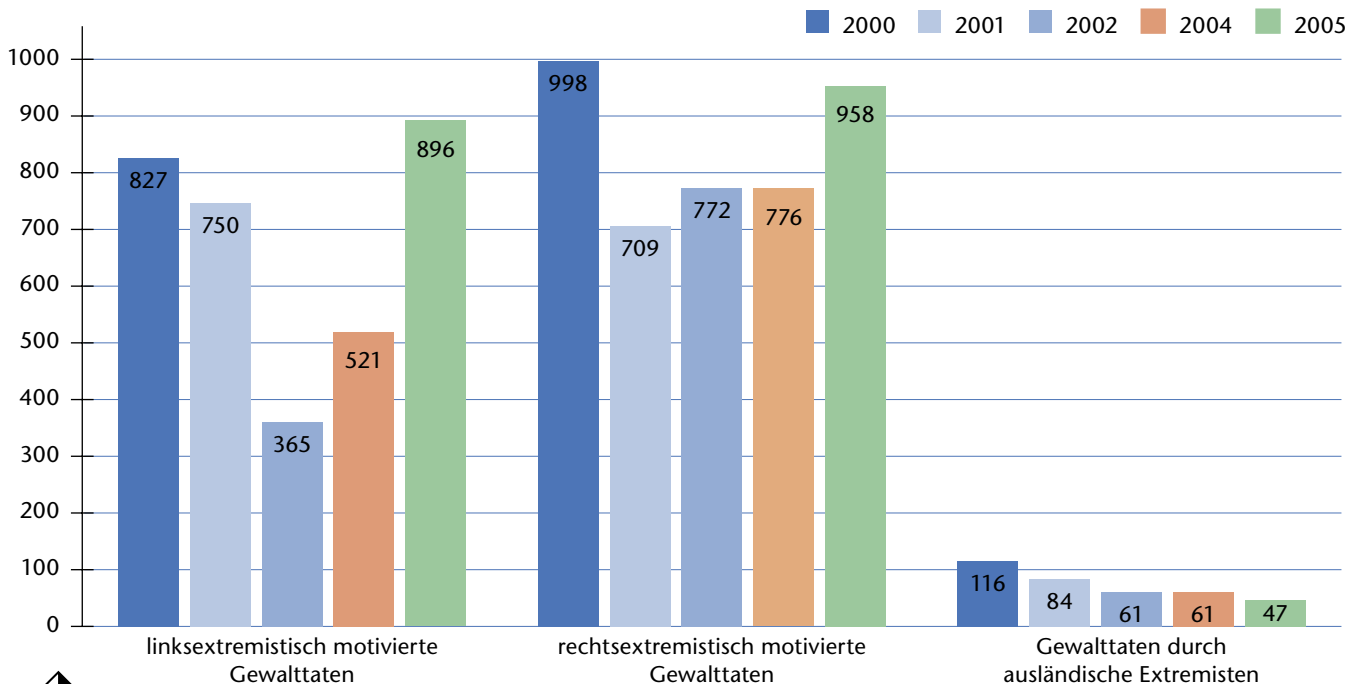
D1 Die Anzahl politisch motivierter Straf- und Gewalttaten wird jedes Jahr im Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Für die Jahre 2004/2005 ermittelten die Behörden folgende Entwicklung:

Politisch motivierte Kriminalität – rechts: 958 Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund (2004: 776)

Politisch motivierte Kriminalität – links: 896 Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund (2004: 521)

Politisch motivierte Ausländerkriminalität: 47 Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund (2004: 61)

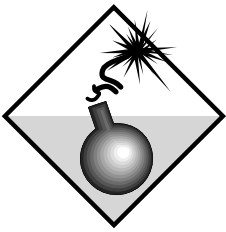
nach: Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung, 2005



1. Ergänze das Schaubild mit farbigen Säulen für die Jahre 2004 und 2005 (D1).
2. Wie beurteilst du die Entwicklung extremistisch motivierter Gewalttaten seit dem Jahr 2000?

individuelle Lösung

3. Vergleiche eure Einschätzungen in der Klasse. Diskutiert, ob unser demokratisches System durch extremistische Organisationen bedroht ist.



Welche Ursachen hat Gewalt?

A „Winner-loser“-Kultur:

Christian Pfeiffer: ... in der Jugendkultur steigen die sozialen Gegensätze drastisch an, eine wachsende Zahl von jungen Menschen sieht sich in der Rolle des frustrierten Zuschauers.

Forum Schule: Sind diese Verlierer unserer „Winner-loser“-Gesellschaft anfälliger für kriminelle Handlungen?

Christian Pfeiffer: Es gibt in der Tat einen eindeutigen statistischen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Bedingungen, Bildungschancen, sozialer Integration und Delinquenz. Man kann ganz klar sagen: Je besser die soziale Integration gelingt, umso niedriger ist die Gewaltrate der betreffenden Jugendlichen.

Interview mit Prof. Christian Pfeiffer. In: Landesinstitut für Schule und Weiterbildung NRW (Hg.). Forum Schule 2/2000 S. 12 f.

B Frustrations-Aggressions-Theorie:

Die Frustrations-Aggressions-Theorie nimmt zunächst einmal an, dass aggressives Verhalten eine Reaktion von Frustration ist. Wenn Aggression nicht gegenüber demjenigen gezeigt werden kann, dem sie eigentlich gilt, wird diese auf ein anderes schwächeres Opfer abgelassen, das dann als Sündenbock dient. Vor der Aggression gibt es Schuldzuweisungen, die dann das Handeln „legitimieren“. Dadurch erhofft man sich eine Verbesserung der eigenen Lage.

Erich und Hildegard Bulitta: Vorurteile abbauen. Materialien zur Friedenserziehung. a. a. O., S. 12

C Konflikttheorie:

Wenn Interessenkonflikte zwischen konkurrierenden Gruppen bestehen und beide Gruppen nicht vereinbare Ziele verfolgen, wird die Fremdgruppe massiv abgelehnt. Wenn soziale und ökonomische Konfliktsituationen entstehen (z. B. Arbeitslosigkeit), nehmen (bestehende) Vorurteile an Schärfe zu. Erst durch die Entstehung eines Konfliktes kommt es zu Gefühlsreaktionen und Feindseligkeiten und diese brechen dann (auch in Form von Gewalt) aus.

Erich und Hildegard Bulitta: Vorurteile abbauen. Materialien zur Friedenserziehung. Volksbund für Kriegsgräberfürsorge e.V., 2003, S. 13

D Verhaltensökologie:

Der Mensch verfügt von Natur aus über ein beträchtliches Maß an Energie (Kraft, Durchsetzungswillen, Ausdauer usw.). Diese war in früheren Zeiten Grundvoraussetzung für das Überleben, als Jagd und Kampf in einer feindlichen Umwelt das Leben bestimmten. Auch heute verfügt der Mensch noch über das gleiche Maß an Energie, die sich naturgemäß bei Jugendlichen besonders zeigt. Aber in der modernen Gesellschaft mit ihren strengen Regeln und dem engen Lebensraum gibt es kaum Gelegenheiten, die vorhandene natürliche Energie sinnvoll einzusetzen. Daher verfallen Jugendliche nicht selten auf Gewaltakte gegen Menschen und/oder Sachen.

Neue Anstöße. Bd. 3. Leipzig: Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig, 2002, S. 15

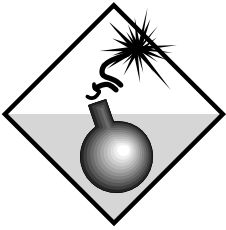


1. Liste stichpunktartig die verschiedenen Ursachen für Gewalt und Extremismus auf, die in den verschiedenen Theorien angeführt werden.

- soziale Gegensätze, mangelnde Bildung
- Frustration
- Interessenkonflikte zwischen konkurrierenden Gruppen
- zu wenig Freiraum in modernen Gesellschaften, das natürliche Maß an Energie sinnvoll einzusetzen

2. Begründe, welches der vier Erklärungsmodelle dir am ehesten einleuchtet.

individuelle Antwort



Gewalt und Rassismus im Fußball

Q1 Ende 2004 häuften sich rassistische Aktionen in europäischen Stadien. Beim Länderspiel Spanien – England schrieten Fans von Real Madrid Affenlaute, wenn die farbigen Spieler den Ball hatten. In einem Interview äußerte sich der Soziologe Gunter Pilz zu Ursachen und Tätern:

SPIEGEL ONLINE: Was sind die Ursachen?

Pilz: In erster Linie die Perspektivlosigkeit auf Grund sozialer, wirtschaftlicher Probleme. Das führt zu einem verminderten Selbstwertgefühl, gegen das mit solchen rassistischen Ausbrüchen angekämpft wird. Und wenn, wie jetzt in Sachsen und Brandenburg, die rechten Parteien gute Wahlergebnisse erzielen, steigt dadurch natürlich das Gefühl, als Rechtsradikaler gesellschaftsfähig zu sein. Das führt dazu, dass sie ihre Deckung aufgeben. Das Skandieren von fremdenfeindlichen Parolen in der Öffentlichkeit, und damit auch in den Stadien, nimmt zu. So haben wir es derzeit wieder mit einem Anstieg des Problems in Deutschland zu tun. Zusätzlich beobachten wir durch die Öffnung Europas ein wachsendes Nationalgefühl. Das verstärkt die Angst vor dem Fremden. Die Politik hat versäumt, die hier entstehenden nationalen Besitzstandswahrungen und Abwehrhaltungen zu bekämpfen.

SPIEGEL ONLINE: Gibt es in Deutschland regionale Unterschiede?

Pilz: In den neuen Bundesländern wird schon viel offener und aggressiver skandiert. Das hat mit ihrer kürzeren demokratischen Biografie und den viel eklatanteren Zukunftsproblemen zu tun. Sie sind sozial viel schlechter abgesichert, die Lage ist viel dramatischer. Wenn ich mit Leuten dort spreche, die ein rechtsradikales Gedankengut haben, dann sagen die: Ich habe doch nichts zu verlieren. In den alten Bundesländern haben solche Menschen eher oft noch ein gesellschaftliches Ansehen zu verlieren, also gegen sie nicht so plump und offensichtlich vor.

SPIEGEL ONLINE: Was sind das für Menschen, die in den Stadien durch rassistische Verbalattacken auffällig werden?

Pilz: Das sind auf keinen Fall nur Dumpfbacken. Wir haben zwar in den neuen Bundesländern noch einen höheren Anteil dieser Fans in der rechtsradikalen Fußballszene. In den alten Bundesländern sind es jedoch bei Weitem nicht nur diese Modernisierungsverlierer. Dort geht es quer durch alle Schichten. Auch Abiturienten und Studenten bringen hier gezielt rechtes Gedankengut mit in die Stadien. Das hängt teilweise damit zusammen, dass es immer mehr arbeitslose Akademiker gibt. Sie gehören in der Außen-seiter-Etablierten-Konstellation auf einmal auch auf die Verliererseite und nehmen Abwehrhaltungen ein. In diesem Bedrohungsgefühl liegt die Fremdenfeindlichkeit begründet.

Zit. nach: www.spiegel.de, Pfeiffer, F. 1.12.2004 (13.10.2005)



1. Stelle die Gründe zusammen, die Gunter Pilz für den Rechtsradikalismus anführt (Q2).

- **soziale und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit → vermindertes Selbstwertgefühl**
- **Rechtsradikalismus zunehmend gesellschaftsfähig;**
- **wachsendes Nationalgefühl → Angst vor Fremden;**
- **kürzere demokratische Tradition in den neuen Bundesländern**

2. Versuche zuzuordnen, auf welche Erklärungsmodelle für die Ursachen von Gewalt und Extremismus (vgl. S. 75) sich Gunter Pilz bezieht. Unterstreiche seine Aussagen im Text mit verschiedenen Farben:
„Winner-loser“-Kultur = grün, Konflikttheorie = rot, Frustrations-Aggressions-Theorie = blau, Verhaltensökologie = gelb

3. Recherchiere im Internet, mit welchen Mitteln verschiedene Initiativen gegen Rassismus im Fußball vorgehen:

<http://de.farenet.org> (Zehn-Punkte-Plan der UEFA)

www.nike.com/standupspeakup/index.jsp (Kampagne der Ausrüsterfirma Nike)

www.aktive-fans.de (BAFF, Bündnis Aktiver Fußballfans)

www.fan-ini.de (Fan-Initiative des FC Schalke 04)

Bildquellenverzeichnis

- S. 23.1 Süddeutscher Verlag, München
S. 23.2 BPK, Berlin
S. 25 CCC/www.c5.net (Oskar/CCC,www.c5.net),
Pfaffenhofen a.d. Ilm

Nicht in allen Fällen war es uns möglich, den Rechteinhaber ausfindig zu machen. Berechtigte Ansprüche werden selbstverständlich im Rahmen der üblichen Bedingungen abgegolten.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52 a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Fotomechanische Wiedergabe nur mit Genehmigung des Verlages.

© Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig GmbH, Leipzig 2006.
Alle Rechte vorbehalten.
Internetadresse: www.klett.de

Autoren: Anja Barthel, Sven Christoffer, Dieter Christoph, Helmut Heimbach, Arno Höfer, Dr. Jürgen Kochendörfer, Klaus Leinen, Dr. Peter Offergeld, Martin Thunich, Bettina Wegener, Andrea Wiemeyer, Dr. Antonius Wollschläger
Redaktion: Elke Fleiter

Gesamtgestaltung: Kassler-Design, Leipzig
Satz: Type-Design, Berlin
Piktogramme: Erhard Müller, Leipzig und Kassler-Design, Leipzig
Reproduktionen: Meyle & Müller, Pforzheim
Herstellung: Karena Klepel

Die Lösungen gehören zum Zeitreise-Schülerarbeitsheft G3, Geschichte/Politik:
ISBN-13: 978-3-12-424032-3
ISBN-10: 3-12-424032-4